

**„Jetzt erst recht:
Gemeinsam für Frieden und
Demokratie in Europa“**



**Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Stadthalle Bad Hersfeld
Samstag, 30.04.2022**

Samstag, 30. April 2022
in der Stadthalle Bad Hersfeld, WittasträÙe 5,
36251 Bad Hersfeld

- 10:30 Uhr: **Eröffnung der Konferenz**
- Danach: **Konstituierung**
- Wahl eines Präsidiums (3 Mitglieder)
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (8 Mitglieder)
- Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung der Geschäftsordnung
- 10:45 Uhr **Grußworte**
- 11:00 Uhr **Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes**
Bericht der Kontrollkommission
Aussprache
Entlastung des Bezirksvorstandes
- 11:30 Uhr **„Was bedeutet der Krieg in der Ukraine für die Zukunft Europas“,
Referat von Michael H. Roth, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen
Ausschusses des Deutschen Bundestags**
- Danach: **Einbringung des Leitantrages L1 des Bezirksvorstandes
und Aussprache zum Referat und Antrag**
- 13:00 Uhr **Mittagspause**
- 13:45 Uhr **Antragsberatung und Wahlen**
Wahlen:
- Bezirksvorstand (9)
- Kontrollkommission (8)
- Bundeskongressdelegierte (9)
- Nominierungen
- 15:30 Uhr: **Verleihung Juso h.c.**
- 16:30 Uhr: **Verabschiedung ausscheidender Juso-
Bezirksvorstandsmitglieder**
- Danach: **Weitere Antragsberatung**
- 17.30 Uhr: **Schlusswort und Ende der Konferenz**

Geschäftsordnung zur Juso-Bezirkskonferenz am 30.04.2022

1. Die Bezirkskonferenz wird von einem gewählten Präsidium geleitet, das aus drei Mitgliedern besteht: 2 Präsidium, 1 Schriftführer*in. Die Wahl kann, wenn niemand widerspricht, per Akklamation erfolgen.
Über die Bezirkskonferenz wird eine Niederschrift angefertigt. Der Versammlungsleitung steht als Hilfsorgane eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission zur Verfügung. Jeder Unterbezirk kann für diese eine Person benennen.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der ordentlichen Delegierten anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit gilt so lange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Die Feststellung der Beschlussfähigkeit obliegt dem Präsidium.
3. Das Wort wird in der Reihenfolge der eingegangenen Wortmeldungen erteilt. Die Wortmeldungen werden alternierend nach Geschlecht aufgerufen. Mitglieder des Bezirksvorstands müssen während des Tätigkeitsberichtes auch außerhalb der Reihenfolge gehört werden.
4. Anträge zur Tagesordnung können nur bis zur Beschlussfassung über die Tagesordnung gestellt werden.
Anträge zur Geschäftsordnung sind jederzeit möglich. Zu jedem Geschäftsordnungsantrag kann nur je ein*e Redner*in dafür und dagegen das Wort ergreifen.
Initiativanträge können nur dann zugelassen werden, wenn der Inhalt des Antrages auf einem besonders aktuellen Anlass basiert. Im Zweifel entscheidet die Konferenz ohne Sachdebatte über die Zulässigkeit eines Initiativantrages.
Initiativanträge müssen von 15 Delegierten aus mindestens zwei Unterbezirken durch Unterschriften unterstützt sein. Der Initiativantrag ist vorab bis zum 27. April 2022 beim Juso-Bezirksbüro per Email und auf dem Musterinitiativantragsformular einzureichen (Word-Dokument). Die Unterschriften können am 30.04.2022 bis 11:00 Uhr nachgereicht werden.
Änderungsanträge zum Antragspaket müssen bis spätestens zum 27. April 2022, 11:00 Uhr beim Juso-Bezirksbüro per Email auf dem dafür vorgesehenen Musteränderungsantragsformular (Word-Dokument) eingereicht werden .

Die Redezeit der Diskussionsredner*innen beträgt längstens drei Minuten. Eine Verlängerung der Redezeit bedarf der Zustimmung der Konferenz. Gleiches gilt für die Vorstellung der zur Wahl stehenden Kandidat*innen.
Der Antrag auf Schluss der Debatte ist jederzeit möglich. Er kann nur von Delegierten gestellt werden, die sich an der Aussprache zu der betreffenden Sache nicht beteiligt haben.
Die Abstimmung über Anträge auf Schluss der Debatte erfolgt, wenn Gelegenheit zur Stellungnahme je einmal für und gegen den Antrag gegeben war.
5. Die Wahlen finden geheim nach der Wahlordnung der Partei statt. Abstimmungen und Nominierungen erfolgen grundsätzlich per Akklamation.

ANTRAGSSPIEGEL

L Leitantrag

- L 1 Resolution: Jetzt erst recht - Für Frieden und Demokratie in Europa Bezirksvorstand

G Gesundheit

- G 1 Recht auf geschlechtsspezifische Pflege Bezirksvorstand
 G 2 Bundeseinheitlicher SMS-Notruf Bezirksvorstand
 G 3 Sexuelle Gesundheit in Deutschland
 Sicherstellen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
 G 4 Gebärmutterhalskrebs effektiv bekämpfen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
 G 5 Durchführung einer bundesweiten
 Aufklärungskampagne zu Unterleibs-
 Schmerzen und Endometriose Unterbezirk Kassel-Stadt
 G 6 Regelungen zur künstlichen Befruchtung
 ins. 21. Jahrhundert holen Unterbezirk Werra-Meißner
 G 7 Medizin gendern – Nicht alle sind
 männlich! Unterbezirk Werra-Meißner

U Umweltschutz/Verkehr

- U 1 Vermeidung von Leerflügen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

RI Rechts- und Innenpolitik

- RI 1 Resozialisierung als Ziel: Für einen
 Systemwechsel im Justizvollzug Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
 RI 2 Digitale Übertragung kommunaler
 Parlamentssitzungen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
 RI 3 Transparente Lobbyarbeit auf
 Bundesebene Unterbezirk Kassel-Stadt
 RI 4 Keine WM zum Preis von Menschenleben:
 Fußball-WM in Katar boykottieren Unterbezirk Kassel-Stadt
 RI 5 Synagogen als Orte des Erinnerns –
 erhalten, schützen, stärken Unterbezirk Werra-Meißner

B Bildung

- B 1 Kein Geschichtsunterricht ohne die erste
 und zweite deutsche Frauenbewegung Unterbezirk Kassel-Stadt
 B 2 Mehr Fairness für ausländische
 Studierende Bezirksvorstand
 B 3 Bezahlbare Nachhilfe für alle Unterbezirk Kassel-Stadt
 B 4 Kleinere Klassen für größere Lernerfolge Unterbezirk Kassel-Land
 B 5 Informatik ist mehr als PowerPoint Unterbezirk Kassel-Land
 B 6 Demokratie Zukunft geben Unterbezirk Werra-Meißner

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord •
Antragsspiegel**

- | | | |
|-----|--|---------------------------|
| B 7 | Sex matters! – Kinder und Jugendliche vernünftig aufklären | Unterbezirk Werra-Meißner |
| B 8 | Doppelspitze in den Schulen | Unterbezirk Werra-Meißner |

SZ Soziales, Arbeit und Steuern

- | | | |
|------|--|--------------------------------|
| SZ 1 | Rentenversorgung von Gefangenen: Haft darf nicht die Ursache von Altersarmut sein | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| SZ 2 | Humanität und Resozialisierung: Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in Justizvollzugsanstalten | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| SZ 3 | Flexible religiöse Feiertage | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| SZ 4 | Neue Unterhaltungsberechnung bei Jugendlichen mit Dazuverdienst | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| SZ 5 | Digital Streetwork in Hessen – Sozialarbeit, wo sie benötigt wird | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| SZ 6 | Einführung einer Luxussteuer | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| SZ 7 | Neues modernes Arbeitsmodell (NMA) | Unterbezirk Werra-Meißner |

S Satzung (separates Kapitel)

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| S 1 | Satzungsänderung und | Bezirksvorstand |
| | <ul style="list-style-type: none">• Satzung in geänderter Fassung• Neuer BA-Delegiertenschlüssel für die Unterbezirke nach der Satzungsänderung | |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: L 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Resolution: Jetzt erst recht- Für Frieden und Demokratie in Europa

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3

4 **Resolution: Jetzt erst recht - für Frieden und Demokratie in Europa**
5

6 Am 24. Februar 2022 veränderte sich die sicherheitspolitische Ordnung in Europa. Ein
7 völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands auf einen souveränen Staat. Mit dem Beginn
8 dieses Krieges auf die Ukraine hat der langjährige Konflikt zwischen Russland und der Ukraine
9 eine historische Eskalationsstufe erreicht. Ein Krieg zwischen zwei Staaten - mitten in Europa.
10 Ein heimtückischer Angriff, dem monatelange Lügen von Seiten Russlands voraus gingen, in
11 denen behauptet wurde, dass es sich bei der Ansammlung von Truppen und militärischem
12 Gerät lediglich um eine Militärübung handele. Das Friedenskonstrukt in Europa, welches nach
13 dem zweiten Weltkrieg in mühsamer Diplomatie und Kooperation entstanden ist, wurde
14 spätestens ab diesem Moment in Frage gestellt.
15

16 Wir zeigen uns solidarisch mit den Menschen in der Ukraine!
17

18 Die territoriale Integrität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Das Selbstbestimmungsrecht der
19 Bevölkerung muss stets gewahrt werden. Der Frieden in Europa muss oberstes Ziel aller
20 Regierungen sein. Dieses Ziel hat Russland mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch und dem
21 Ziel, die demokratisch gewählte Regierung in der Ukraine zu stürzen und die Ukraine zu einem
22 Marionettenstaat zu machen, über Bord geworfen.
23

24 Mit Russlands Machthaber Wladimir Putin lässt sich keine vernünftige, auf Frieden bedachte
25 Diplomatie organisieren. Er hat mit jeder Regel, mit jeder Gepflogenheit der internationalen
26 Gemeinschaft gebrochen und die weltweite Sicherheitslage dramatisch in Gefahr gebracht.
27 Jedes Land, welches von der Annahme einer von der Weltgemeinschaft gewährten Sicherheit
28 vor Angriffen der eigenen Nachbarn ausging, muss seit dem 24. Februar 2022 seine
29 Sicherheitsstrategie überdenken. Wer nicht in der NATO ist oder sich mit Russland oder China
30 gut gestellt hat, wird zum potenziellen Ziel geostrategischer Interessen.
31

32 Gewalt löst keine Konflikte und eine weitere Eskalation muss verhindert werden. Das ist wichtig.
33 Denn nur die etablierten Regeln der internationalen Diplomatie können einen dauerhaften
34 Frieden gewährleisten.
35

36 Wichtig ist aber auch, dass Länder wie Georgien, Moldawien und Taiwan auf die Reaktion der
37 europäischen Union schauen werden. Eine Annektierung von Teilen der Ukraine oder ein Sturz
38 der gewählten Regierung Selenskys wird die „Freunde des Westens“ abschrecken und die
39 Autokratien der Welt in ihrem Handeln bestärken. Für einen dauerhaften Frieden in Europa und
40 auf der Welt ist eine solidarische und entschlossene Reaktion durch die EU und durch
41 Deutschland daher unabdingbar.
42

43 **Wir fordern, alles zu tun, um:**

- 44
- 45 • Russland dazu zu bewegen, verzugslos an den internationalen Verhandlungstisch
 - 46 zurückzukehren.
 - 47 • den sofortigen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine durchzusetzen.
 - 48 • dauerhafte Sanktionen gegenüber Russland anzustreben - auch im Energiesektor.
 - 49 • Unterstützer*innen Russlands - beispielsweise China - in die Verantwortung zu nehmen.
- 50

51 Eine Lösung des Konflikts kann es dabei schlussendlich nur gemeinsam und im Einklang mit
52 der demokratisch gewählten Regierung der Ukraine geben. Die Europäische Union darf zu
53 keinem Zeitpunkt über die Köpfe der Ukraine hinweg Verhandlungen über den
54 Nachkriegsstatus des Landes oder dessen Territorium führen.

55

56 **Situation der Geflüchteten**

57

58 Während anfangs noch strategische, militärische Ziele angegriffen wurden, verlagerte sich das
59 Bombardement schnell auf zivile Ziele und Wohngebiete. Auch wenn die ukrainische Armee
60 den russischen Streitkräften derzeit noch standhält, verschlechtert sich die die
61 Menschenrechtsslage für die Zivilbevölkerung - insbesondere in den von Russland belagerten
62 Städten - rapide. Die ukrainische Hafenstadt Mariupol, wo das russische Militär weiter
63 vordringen konnte, wurde massiv bombardiert und schwer beschädigt. Auch wenn immer
64 wieder Menschen fliehen konnten (am 19. März konnten über 4000 Menschen aus der Stadt
65 fliehen), bleibt der Großteil der Bevölkerung in Mariupol gefangen. Die Einrichtung eines
66 humanitären Korridors und einer Fluchtroute ist gescheitert und so bleibt die Bevölkerung
67 Mariupols ohne Strom-, Wasser- und Nahrungsversorgung.

68

69 Der UNHCR rechnet insgesamt mit rund 4 Millionen Geflüchteten, diese Zahl wird allerdings
70 weiter steigen. Bereits jetzt sind über 2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer geflohen, davon
71 befindet sich der größte Teil in Polen. Die beispiellose Solidarität europäischer Staaten und der
72 Zivilbevölkerung ist ermutigend. Es scheint, als sei Europa näher zusammengerückt und bereit,
73 die Bürden der Vertreibung von Millionen von Geflüchteten aus der Ukraine, gemeinsam zu
74 tragen. Unkomplizierte Verfahren und die schnelle Reaktion der Hilfsorganisationen machen
75 Hoffnung, dass auch zukünftige Krisen bewältigt werden können.

76

77 Es häufen sich Berichte von ukrainischen Frauen, die sich immer öfter Belästigungen und
78 zwielichtigen Angeboten ausgesetzt sehen. Eine Flucht aus dem Heimatland ist bereits
79 belastend genug. Belästigung, Unsicherheiten und zweifelhafte „Hilfsangebote“ haben eine
80 katastrophale Auswirkung für ukrainische Geflüchtete. Dazu kommt, dass die Situation für
81 Geflüchtete ohne ukrainischen Pass katastrophal ist. Geflüchtete aus dem arabischen Raum,
82 Afrika oder Asien werden massiv diskriminiert. Sie werden nicht in Züge - die aus der Ukraine
83 fahren - gelassen, oder während der Flucht rassistisch angegangen. Einige afrikanische
84 Studierende berichten sogar, dass sie an der Flucht gehindert wurden, um „für die Ukraine zu
85 kämpfen“. Solche Horrorszenarien müssen unbedingt in das Bewusstsein politischer
86 Entscheider*innen.

87

88 **Wir fordern, alles zu tun, um:**

89

90 schnellstmöglich für humanitäre Korridore und Fluchtrouten in Richtung sicherer europäischer
91 Nachbarstaaten und/oder innerhalb der Ukraine zu sorgen.

92 Den Schutz ukrainischer Geflüchteter in Europa zu gewährleisten und Belästigungen und
93 Unsicherheiten für ukrainische FLINTA zu unterbinden.

94 Die Diskriminierung ausländischer Studierender während der Flucht zu bekämpfen und für eine
95 Gleichstellung bei der Flucht zu sorgen. Krieg kennt keinen Unterschied.

96 Langfristige Maßnahmen für die Unterbringung und das Wohlbefinden aller Geflüchteter zu
97 sorgen. Die Auswirkungen des Konflikts werden wohl für lange Zeit zu spüren sein.

98 Für eine gerechte Verteilung aller Geflüchteter in Europa zu sorgen. Dies gilt auch für

99 Geflüchtete, die aus dem Mittelmeerraum fliehen. Deutschland muss den Eindruck vermeiden,
100 dass Geflüchtete unterschiedlich behandelt werden.
101 innerhalb Deutschlands eine Verteilung der Geflüchteten zu organisieren, die dem Gedanken
102 einer solidarischen Lastenverteilung entspricht. Der städtische Ballungsraum und der ländliche
103 Raum müssen gleichermaßen Menschen in Not aufnehmen.
104

Für Frieden in Europa - Einen Umgang mit Russland und der Ukraine finden

107 Russland legt unter Präsident Putin ein zunehmend aggressives Verhalten gegenüber
108 denjenigen im Ausland an den Tag, welche es als Feinde des Staates sieht. Der Mord an
109 Selimchan Changoschwili im Berliner Tiergarten, der Mord an Sergei Wiktorowitsch Skripal oder
110 der Anschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalny zeigt, dass Russland
111 sich bereits seit Jahren in einem Konflikt befindet. Ein Konflikt der intern zu sein scheint, ist in
112 Wirklichkeit ein Konflikt der im Ausland geführt wird. Denn Skripal wurde in Großbritannien und
113 Changoschwili in Deutschland ermordet - Nawalny wurde in Deutschland behandelt.
114 Unterstrichen wird dieser Konflikt der nicht-militärischen-Ebene von den seit Jahren
115 schwelenden Berichten um Hackerangriffe aus Russland, mit denen politische Stellen in
116 Deutschland, aber auch in anderen Staaten getroffen werden sollen. Das
117 Bundesinnenministerium beobachtete 2021 vermehrte Cyberangriffe aus Russland auf
118 politische Stellen in Deutschland mit dem Ziel, die Bundestagswahl zu beeinflussen.
119

120 In Russland wird es für Kritiker*innen des Kremls gefährlicher. Mit der Schließung der letzten
121 großen kremlkritischen Magazins Echo Moskau und des TV-Senders Doschd, wurde die
122 Hoffnung eines freien und kritischen Journalismus auf absehbare Zeit zerschlagen. Schon
123 lange werden Journalist*innen, Protestierende und Oppositionelle drangsaliert. Die russische
124 Demokratie ist in großer Gefahr - wenn sie nicht schon lange verschwunden ist. Der russische
125 Machthaber Wladimir Putin baut währenddessen seine Macht weiter aus, indem er
126 beispielsweise die Amtszeitbegrenzung russischer Präsident*innen abschafft, das Wahlrecht mit
127 dem Ziel der Manipulation anpasst und zunehmend auf Staatspropaganda zur Sicherung seiner
128 Macht setzt. Dies ist wohl eine der Ursachen dessen, dass ein nicht zu unterschätzender Teil
129 der Bevölkerung die von Russland als Militäroperation verkauften Kriegshandlungen gegen die
130 Menschen in der Ukraine unterstützen. Doch es gibt auch viele Russ*innen, die das nicht so
131 sehen.
132

133 Sie protestieren trotz der Gefahr von langjährigen Gefängnisstrafen gegen den Krieg und die
134 autoritäre Herrschaft. Immer öfter erscheinen Videos über Mütter, die nach den Ursachen für
135 den Tod ihrer Söhne während des Kriegseinsatzes fragen und voller Wut öffentlich kritische
136 Fragen stellen. Die eigene Betroffenheit durch den Krieg oder die wirtschaftlichen Sanktionen,
137 lassen viele Russ*innen scheinbar doch nachdenklich zurück - ob nun Töchter und Söhne von
138 Oligarchen, die seit Jahren im Westen leben und sich kritisch gegenüber Putin äußern oder
139 Menschen in Russland, die verzweifelte Anrufe ihrer Verwandten aus der Ukraine bekommen.
140 Viele von Ihnen verlassen allerdings Russland in Richtung Finnland. Insbesondere FLINTA
141 sehen sich seit Jahren zunehmender Repressionen ausgesetzt. Menschen aus der LGBTIQ*
142 Community werden massiv diskriminiert.
143

144 Ein Zitat des russischen Außenministers macht deutlich, worum es bei diesem Konflikt geht:
145 "This is not about Ukraine at all, but the world order. The current crisis is a fateful, epoch-
146 making moment in modern history. It reflects the battle over what the world order will look like".
147

148 Dazu passt ein Zitat des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj,
149 kurz nach seinem Wahlsieg: „I promise, I will never let you down. To all post-Soviet countries:
150 Look at us. Anything is possible.“
151

152 Der Krieg in der Ukraine verändert Vieles.

153 **Wir fordern, alles zu tun, um:**

154

155 Hackerangriffe und FakeNews aus Russland müssen unterbunden werden. Die Ukraine soll in
156 ihrer Fähigkeit, Cyberangriffe abzuwehren, weiter unterstützt werden.
157 Nordstream 2 dauerhaft aus der Diversifizierungsstrategie in der Energiepolitik der
158 Bundesregierung zu entfernen und nicht nur temporär auf Eis zu legen.
159 Die Ukraine in eine europäische Energiepartnerschaft einzubinden. Nicht nur, um Lücken der
160 Energieversorgung Europas zu schließen, sondern auch um die wirtschaftliche Entwicklung der
161 Ukraine nach dem Ende des Krieges zu unterstützen.
162 Die Ukraine bei Investitionen in erneuerbaren Energien, einschließlich der langfristig angelegten
163 Wasserstoffstrategie, finanziell und durch Wissenstransfer, zu unterstützen.
164 Das oberste Ziel - die Energieversorgung aus 100% erneuerbaren Energiequellen zu sichern -
165 noch stärker zu verfolgen. LNG Gas aus den USA oder Produzenten, wie Katar, Venezuela und
166 die Vereinigten Arabischen Emirate, sind Übergangslösungen. Übergangslösungen, müssen
167 allerdings solche bleiben.
168 Die Zivilgesellschaft in der Ukraine auch nach dem Krieg weiter zu stärken: Investitionen in den
169 ukrainischen Kunst- und Kulturbereich, sowie die finanzielle Unterstützung unabhängiger
170 Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft ausbauen.
171 Auch in Russland muss die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Trotz aller Repressionen sollen
172 Wege gefunden werden, kritische Stimmen in Russland zu unterstützen.
173 Verbindungen zwischen Russ*innen und Ukrainer*innen, sowie Russ*innen und
174 Europäer*innen dürfen nicht einfach so beendet werden. Die Völkerverständigung ist ein
175 wichtiges Mittel zur Stärkung demokratischer Strukturen und Bestrebungen.
176 Bestehende Städtepartnerschaften sollen geprüft, aber wenn möglich erhalten und genutzt
177 werden, um eine kritische Zivilgesellschaft zu stärken.
178 Den Menschen der Queer Community muss offensiv ermöglicht werden, den Repressionen in
179 Russland zu entkommen.
180 Das politische Asyl für Kritiker*innen des Kremls zu stärken und leichtere Fluchtmöglichkeiten
181 aus Russland anzubieten. Die Grenzen für Russ*innen dürfen nicht geschlossen werden.
182 Bildungsreisen und Kooperationen zwischen Schulen in Russland und der Ukraine, sollen nach
183 dem Krieg eingeführt und finanziell unterstützt werden. Es sollen Begegnungsmöglichkeiten für
184 den ukrainisch-russischen Dialog geschaffen werden.

185 186 **Die Möglichkeiten von Embargos weiterhin prüfen**

187
188 Wir halten es für unerträglich, dass das Aufdrehen des Heizreglers oder das Tanken des Autos
189 den Krieg Putins finanziert. Jeder Euro an das Regime des russischen Machthabers verlängert
190 diesen Krieg und damit das Leid der ukrainischen Bevölkerung.

191
192 Gleichzeitig sind wir uns darüber im Klaren, dass eine Grundversorgung der Bevölkerung
193 gewährleistet sein muss. Sanktionen müssen durchhaltbar sein. Ihre Akzeptanz in der eigenen
194 Bevölkerung ist dafür ein elementarer Bestandteil.

195 196 **Wir fordern daher, alles zu tun, um**

- 197
- 198 • die Möglichkeiten eines Embargos für Öl und Gas aus Russland stetig zu überprüfen
199 und auszusprechen, sobald dies möglich ist, ohne dass die Grundversorgung der
200 Bevölkerung in Deutschland dadurch zusammenbricht. Allein wirtschaftliche
201 Überlegungen dürfen nicht zu einer Ablehnung eines Embargos führen.
 - 202 • Eine Laufzeitenverlängerung von Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken lehnen wir ab.
203 Diese sind nur vermeintlich eine Lösung, da sowohl Kohle als auch die Brennstäbe für
204 Atomkraftwerke zu einer hohen Wahrscheinlichkeit von Russland bezogen werden
205 müssten. Das einzig nachhaltige Ziel der energiepolitischen Unabhängigkeit kann nur
206 durch die Produktion erneuerbarer Energien erfolgen.
 - 207 • die Möglichkeiten für Sanktionen für Oligarchen, die im großen Umfang für die
208 Unterstützung für Putin verantwortlich sind, auszuweiten. Eine Enteignung von
209 Wohnungen von Oligarchen zur Verfügungstellung für ukrainische Geflüchtete soll
210 rechtlich geprüft und ermöglicht werden.

211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266

Waffenlieferungen zur Verteidigung der Demokratie

Als Jusos verstehen wir uns als antimilitaristisch. Eine Glorifizierung von Militär lehnen wir ab. Dies steht nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit von Selbstverteidigung, notfalls auch mit Waffen. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass es Situationen geben kann, in denen die gewaltsame Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte notwendig wird.

Wir können es gleichzeitig individuell ablehnen, Waffengewalt auszuüben. Dieses Recht gestehen wir im Übrigen auch allen Ukrainer*innen zu. Der Zwang für ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren, ihr Land an der Waffe verteidigen zu müssen, zeigt, welche negativen Auswirkungen das Patriarchat auch für Männer haben kann. Der individuelle Pazifismus muss für jede*n möglich sein.

Die Ukrainer*innen zeigen jedoch in hoher Zahl die Bereitschaft dazu, ihr Land vor dem unprovokierten Überfall der russischen Armee zu verteidigen. Deutschland hat deshalb richtig gehandelt, als es der Ukraine zu diesem Zweck Verteidigungswaffen lieferte. Diese Lieferungen müssen auch weiterhin ermöglicht und ausgebaut werden. Es ist unsere moralische Pflicht, einer Demokratie bei der Verteidigung dieser beizustehen.

Gleichzeitig kann der Westen nur soweit in den Konflikt eingreifen, dass er nicht selbst zur Kriegspartei wird. Eine aktive Beteiligung der NATO an dem Krieg im Osten Europas hätte unabsehbare Folgen.

Wir fordern daher, alles zu tun, um

- die Ukraine dazu zu befähigen, ihr Territorium vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands zu verteidigen. Finanzielle Hilfen und die Lieferung von Verteidigungswaffen zu diesem Zweck begrüßen wir.
- eine Flugverbotszone über der Ukraine nicht einzurichten. Dies hätte einen direkten Kriegseintritt der NATO zur Folge.

Verteidigungspolitik in Europa

Eine massive Aufrüstung der Bundeswehr lehnen wir als antimilitaristischer Verband ab. Wir erkennen an, dass nicht alle Staaten dieser Welt, diesen Anspruch haben und der Aggression eine Möglichkeit der Selbstverteidigung gegenübergestellt werden muss. Dieses Recht auf Selbstverteidigung hat auch Deutschland. Wir brauchen eine einsatzfähige Bundeswehr. Die Reformen, die dafür notwendig sind, müssen endlich umgesetzt werden. Die ineffizienten Strukturen sind maßgeblich für den Zustand der Bundeswehr verantwortlich und müssen reformiert werden.

Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr muss auch finanziell abgesichert werden. Das Instrument eines Sondervermögens lehnen wir gleichzeitig ab. Wir regen eine Diskussion zur Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsarmee an, um Kosten einzusparen und gleichzeitig die europäische Integration zu verstärken.

Klar muss allerdings auch sein, dass Investitionen in Bildung und den Klimaschutz mindestens genauso wichtig für den gesellschaftlichen und internationalen Frieden sind, wie die Gewährleistung der Selbstverteidigungsfähigkeit. Es muss eine Initiative für Mehrausgaben für Bildung, Klimaschutz und soziale Absicherung geben. Dass diese politischen Anliegen nicht für die Einrichtung eines Sondervermögens qualifiziert sein sollen, zeigt wie unpraktisch und sinnlos die politische Konstruktion der Schuldenbremse ist. Die Schuldenbremse gehört endgültig abgeschafft. Sie nimmt dem verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Staat die politischen Handlungsmöglichkeiten, die notwendig ist, um Krisen präventiv zu verhindern. Ist die Politik zu diesem Schritt nicht bereit, so muss über darüber nachgedacht werden, wie im

267 regulären Haushalt Mehreinnahmen die Ausgaben decken können. Aus unserer Sicht sind die
268 reichen Menschen in diesem Land dafür heranzuziehen.

269

270 **Wir fordern daher, alles zu tun, um**

271

272 • eine Diskussion über die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsarmee zu
273 initiieren. Diese kann Kosten einsparen und gleichzeitig den Prozess der europäischen
274 Einigung unterstützen. Militär mit deutscher Beteiligung muss auch in Zukunft durch das
275 Parlament kontrolliert sein.

276 • die Schuldenbremse abzuschaffen. Sie schützt unsere Generation nicht, sondern
277 hinterlässt uns strukturelle Schulden.

278 • die Reichen in dieser Gesellschaft stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls zu
279 beteiligen.

280 • Investitionen in Bildung und Klimaschutz im gleichen Maße zu verstärken, wie im
281 Bereich der Verteidigung.

282

283

284 **Quellen:**

285

286 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-russland-krieg-109.html>

287 <https://www.deutschlandfunk.de/morden-nach-system-der-fall-nawalny-und-die-tradition-100.html>

288 <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/innenministerium-hybride-bedrohungen-101.html>

289 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-echo-schliessung-101.html>

290 <https://www.youtube.com/watch?v=BuhZauu188A>

291

292

293 **Begründung:**

294 Erfolgt mündlich!

295

296

297

298

299

300 angenommen

301 abgelehnt

302 überwiesen an

303

304

305

306

307

308

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: G 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, , SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Recht auf geschlechterspezifische Pflege

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des hessischen Gesetzes über
4 Betreuungs- und Pflegeleistungen (HGBP) herbeizuführen, mit der ein Anspruch auf
5 geschlechtsspezifische und gendersensible Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen
6 sichergestellt wird.

7

8 Der Landesvorstand wird ersucht, das Ziel eines entsprechenden Rechts auf
9 geschlechtsspezifische Pflege in seinen Entwurf für ein Landtagswahlprogramm 2024
10 aufzunehmen.

11

12 Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des Sozialgesetzbuchs 11
13 Pflegeversicherung herbeizuführen, mit der ein Anspruch auf geschlechtsspezifische und
14 gendersensible Pflege im ambulanten und in stationären Bereich der Pflege hergestellt und
15 wirtschaftlich abgesichert wird. Damit ist sicherzustellen, dass dadurch keine Verschärfung des
16 Fachkräftemangels im Pflegebereich eintritt.

17

18 **Begründung:**

19 Die Individualität der zu Pflegenden und eine an biografisch geprägten Vorstellungen orientierte
20 Pflege macht unter anderem eine Sensibilität für spezifische Bedürfnisse von Pflegebedürftigen
21 erforderlich. Darunter gehören auch genderspezifische Aspekte. Die gendersensible
22 Perspektive betrifft alle Bereiche des Gesundheitssystems, insbesondere die Pflege und
23 Physiotherapie. Sie kann zu einer individuelleren Versorgung der Bevölkerung und damit zu
24 einer verbesserten Qualität beitragen. Dabei sollte man nicht auf die Forderung einer
25 geschlechterspezifischen Pflege beschränkt bleiben. Um Genderfragen erfolgreich zu
26 bewältigen, sind strukturelle Veränderungen in der Ausbildung eine Voraussetzung für
27 alltägliche Gendersensibilität in den Pflegeeinrichtungen. Selbst wenn einzelne Fachkräfte
28 bereit sind, gendersensible Maßnahmen zu ergreifen, lassen sich bestehende Einstellungen
29 und etablierte Pflegemuster nicht leicht ändern. Um die Gendersensibilität in der
30 Gesundheitspraxis zu fördern, ist ein langfristiger und strukturorientierter Ansatz notwendig.¹

31

32 Am Beispiel einer Befragung zum aktuellen Stand der Integration von Aspekten der
33 Gendersensibilität in Rahmenlehr- und Ausbildungsrahmenpläne, Ausbildungskonzepte und
34 Lernzielkataloge für Beschäftigte im Gesundheitswesen wurde festgestellt, dass es insgesamt
35 große Bemühungen gibt, das Thema in die Curricula zu integrieren. Zwei Drittel der befragten
36 Einrichtungen haben allerdings lediglich einzelne Lehrveranstaltungen in die Pläne integriert.

¹ Vgl.: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0738399110004179>

37 Eine systematische Integration der Inhalte wäre notwendig, um eine qualitativ hochwertige
38 therapeutische Versorgung zu fördern.

39
40 Im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend wurde bereits
41 im Jahr 2002 ein Rechtsgutachten zur Frage des Wunsches nach Pflegepersonen des eigenen
42 Geschlechts, erstellt. Es befasst sich erstmals eingehend und umfassend mit den rechtlichen
43 Rahmenbedingungen über das in der Verfassung verankerte Recht pflegebedürftiger Menschen
44 auf den staatlichen Schutz ihrer Würde und Selbstbestimmung. Dabei kommt dieses zum
45 Ergebnis, dass nicht nur auf der Grundlage einfachgesetzlicher Leistungsrahmen, der Wunsch
46 nach einer geschlechterspezifischen Pflege berücksichtigt werden kann. Vielmehr sei auch
47 aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgabe, dem Wunsch- und Wahlrecht im Bereich der
48 Pflegeversicherung (§ 2 SGB XI) und mit Hinzunahme des Individualisierungsprinzip der
49 Sozialhilfe (§ 3 BSHG) ein Recht auf geschlechterspezifische Pflege argumentierbar. Die dabei
50 entstehenden Mehrkosten, die vom Träger der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe zu
51 übernehmen sind, müssen dem Prinzip der Angemessenheit entsprechen. Entscheidend ist die
52 staatliche Schutzpflicht des Intimbereichs pflegebedürftiger Menschen, zumindest in den Fällen,
53 in denen diese Schutzpflicht bei der Leistungserbringung zum Tragen kommt.

54 Das `Selbstbestimmungsrecht und das Individualisierungsprinzip´ sei - so das Ergebnis des
55 Gutachtens - „verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass jedenfalls bei Leistungen,
56 die in den Intimbereich der Betroffenen eingreifen, der Wunsch nach Pflegekräften des eigenen
57 Geschlechts nicht abgelehnt werden darf.“²

58
59 Frauen stellen nach wie vor, sowohl in der privathäuslichen als auch in der beruflichen Pflege
60 die deutliche Mehrheit dar. Dies gilt insbesondere in der körpernahen Pflegetätigkeit. Es könnte
61 einen Hinweis darauf geben, dass die Umsetzung eines Rechts auf geschlechterspezifische
62 Pflege zumindest im Falle der Frauen einfacher umsetzbar ist. Im Falle der Männer wäre
63 allerdings ein gewisser Personalaufwand denkbar. Dabei hängt der Aufwand in beiden Fällen
64 von der Nachfrage auf geschlechterspezifische Pflege ab. Die Bedürfnisse von FLINTA
65 (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans, Agender) sollen bei der Erarbeitung des Konzepts
66 im besonderen Maße berücksichtigt werden.³ Die Entwicklung von gendersensibler Pflege ist
67 unabdingbar um stereotypierten Geschlechtervorstellungen in Einrichtungen entgegenzuwirken.
68 Damit verbunden sind soziokulturelle konstruierte Rollenbilder, die die Personen aufgrund ihres
69 Geschlechts klassifizieren und somit dafür sorgen, dass in der täglichen Praxis, die Pflege nicht
70 anhand der Bedürfnisse der Personen, sondern anhand von gesellschaftlich konstruierten
71 Rollenbildern und deren Zuschreibungen erfolgt.

72
73 Bereits 2018 forderte der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Hessische Koordinationsbüro
74 für Frauen mit Behinderung einen Anspruch auf eine gleichgeschlechtliche Pflegekraft. Frauen
75 in Hessen sollen wenn gewünscht von Frauen gepflegt werden. Dieser Rechtsanspruch soll
76 generell gelten - also auch für männliche Pflegebedürftige. Nach Auffassung des Paritätischen
77 Wohlfahrtsverbandes müsse stärker auf die besonders häufig auftretende Gewalt gegen Frauen
78 mit Behinderung eingegangen werden. Drei von Vier Frauen mit Behinderung sind von Gewalt
79 betroffen.⁴

80
81 Diese doppelten Diskriminierung muss stärker in den Fokus genommen werden. Eine hessische
82 Initiative, um dies auf Bundesebene zu Regeln, wäre wünschenswert.

² <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84486/341a2c27c0dd0e1e1cff9237fbda0de5/prm-24314-rechtsgutachten-data.pdf>

³ Vgl.: Backes, Amrhein, Wolfinger (2020): Gender in der Pflege Herausforderungen für die Politik. Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik. Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. ISBN: 978-3-89892-942-4

⁴ Vgl.: <https://www.fr.de/rhein-main/frauen-sollen-pflegerin-bestehen-koennen-10965581.html>

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: G 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress

Betr.: Bundeseinheitlicher SMS-Notruf

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Es soll ein bundeseinheitlicher SMS-Notruf geschaffen werden, der ähnlich des Polizeinotrufes
4 110 bundesweit genutzt und damit zum Absenden von Notrufen verwendet werden kann, wenn
5 der*die Hilfesuchende keine Möglichkeit zum Telefonieren hat.
6
7
8

9 **Begründung:**

10
11 Nicht in allen Notlagen können Hilfesuchende telefonieren. Das kann zum Beispiel daran liegen,
12 dass der*die Hilfesuchende stumm ist oder durch eine Verletzung im Halsbereich nicht
13 sprechen kann. Ein weiterer wichtiger Anwendungsbereich ist der der Zivilcourage in
14 geschlossenen Räumen, wie zum Beispiel Straßenbahnen. Hier können Menschen, die in
15 bedrohlichen Situationen aus Angst oder anderen Gründen nicht direkt und persönlich
16 einschreiten können, nicht Hilfe rufen, ohne auf sich aufmerksam zu machen und sich dadurch
17 unter Umständen in Gefahr zu bringen. Ein schriftlicher Notruf per SMS allerdings bietet diese
18 Möglichkeit. Damit die Anwendbarkeit so einfach wie möglich ist, sollte auch hier eine
19 bundeseinheitliche Nummer eingerichtet werden, die über die Leitstellen sodann die Nachricht
20 an die zuständigen Stellen weiterleitet.
21

22 Aktuell gibt es für hör- oder sprachbehinderte Menschen in Deutschland lediglich die
23 Möglichkeit den Notruf per Fax zu erreichen sowie seit März 2019 über die App „InstantHelp“.
24 Beide sind jedoch für die schnelle, barrierefreie Nothilfe wenig bis gar nicht geeignet.
25
26
27

- 28 angenommen
29 abgelehnt
30 überwiesen an
31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: G 3

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Sexuelle Gesundheit in Deutschland sicherstellen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Sexuell übertragbare Krankheiten können, wenn sie unerkannt bleiben, schwerwiegende
4 Folgen haben. Um diese Folgen zu vermindern, zur Entstigmatisierung rund um
5 Geschlechtskrankheiten beizutragen und Ansteckungsraten zu vermindern fordern wir: Die
6 Einrichtung kostenfreier, einfach zugänglicher Kliniken für den Test auf sexuell übertragbare
7 Krankheiten (Geschlechtskrankheiten).

8 Die vereinfachte Kostenübernahme dieser Tests, auch bei Personen ohne
9 Krankenversicherung.

10
11 **Begründung:**

12 Öffentlichkeitskampagnen sind nicht genug: Um Menschen vor sexuell übertragbaren
13 Krankheiten zu schützen und um Ansteckungen zu verhindern ist es vor allem wichtig
14 herauszufinden, welche Krankheiten eine Person hat. In der Praxis ist es jedoch in Deutschland
15 sehr schwer, Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten durch einen*eine Arzt*Ärztin zu
16 bekommen. Im Zweifel müssen Tests selbst bezahlt werden, und sind mit Stigmatisierung
17 sowohl bei den Arzt*innen als auch im sozialen Umfeld verbunden. All dies hat
18 überproportionale Auswirkungen auf Menschen aus weniger wohlhabenden Umfeldern.
19 So sind beispielsweise Chlamydien besonders unter jungen Menschen in Deutschland ein
20 großes Problem. Tests werden durch die Krankenkasse jedoch nur bezahlt, wenn es bereits
21 Anzeichen für eine Infektion gibt, auch wenn Infektionen häufig erst nach langer Infektionszeit
22 Symptome hervorrufen, und ohne eine Behandlung langfristige und schwerwiegende Folgen
23 haben können. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, einfach zugängliche Tests
24 anzubieten, so dass weitere Ansteckungen verhindert werden, und Spätfolgen, beispielsweise
25 Unfruchtbarkeit, verhindert werden können. Auf diese Weise könnten auch HPV-Viren bei
26 Männern* entdeckt werden, um die weitere Ausbreitung der Viren zu vermindern.
27 Sexuell übertragbare Krankheiten sind bei Früherkennung behandelbar. Selbst HIV kann bei
28 früher Entdeckung durch heutige Medikamente so unterdrückt werden, dass Schwangerschaft
29 und Geburt kein Risiko für das ungeborene Kind mehr darstellen, und sogar eine Übertragung
30 an Geschlechtspartner*innen fast unmöglich wird. Die Fortschritte der Medizin sind jedoch nur
31 anwendbar, wenn die Krankheiten auch früh genug erkannt werden. Dazu wären Kliniken, in
32 denen kostenfrei und diskret auf sexuelle Krankheiten getestet wird, auch in Fällen, in denen
33 keine Krankenversicherung vorliegt, ein enorm wichtiger Schritt. In einem wohlhabenden Land
34 wie Deutschland muss es möglich sein, diese Krankheiten frühzeitig zu erkennen und zu
35 behandeln, um Menschen vor vermeidbaren Spätfolgen, vor Ansteckung und vor Übertragung
36 zu schützen. Darüber hinaus wäre hier die Möglichkeit gegeben, Stigmata rund um diese
37 Krankheiten abzubauen, und insbesondere junge Menschen über sicheren Geschlechtsverkehr
38 aufzuklären.

39 In den vorgeschlagenen Kliniken soll auch ohne Indikation einer vorliegenden Infektion auf die
40 häufigsten Geschlechtskrankheiten (HIV, Syphilis, Chlamydien, HPV, etc.) getestet werden.
41 Ergebnisse sollen diskret, beispielsweise telefonisch, mitgeteilt werden. In anderen Ländern
42 (bspw. Großbritannien) wird dies bereits praktiziert.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: G 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Gebärmutterhalskrebs effektiv bekämpfen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Eine Impfung gegen HPV sollte unabhängig von Alter und Geschlecht auf eigenen Wunsch
4 bzw. ärztliches Ermessen hin erfolgen. Die Kosten sollen verpflichtend von allen
5 Krankenkassen übernommen werden.

6
7 **Begründung:**

8 2017 wurden 14500 Frauen aufgrund von Gebärmutterhalskrebs stationär behandelt. Im
9 Zeitraum von 2007 bis 2017 starben jährlich rund 1570 Frauen an der Erkrankung. Insgesamt
10 lassen sich 1,5% aller Krebserkrankungen bei Frauen auf HPV zurückführen.

11 Die meisten Krankenkassen übernehmen eine Impfung gegen HPV jedoch nur bis zu einem
12 Alter von 18, bzw. maximal 28 Jahren. Für männliche Personen wird die Impfung oft gar nicht
13 bezahlt, oder nur bis zu einem sehr jungen Alter. Diese Altersbeschränkung ist medizinisch
14 nicht sinnvoll, da sie sich nach dem mutmaßlichen Alter des ersten Geschlechtsverkehrs richtet,
15 wobei dies selbstverständlich individuell sehr unterschiedlich sein kann.

16 Ein Schutz durch Kondome oder Lecktücher gegen HPV ist nicht vollumfänglich gegeben. Die
17 beste Prävention ist dementsprechend eine Impfung. Erste Studien belegen bereits, dass selbst
18 nach Auftreten einer Erkrankung und nach Operationen, Langzeitfolgen durch eine spätere
19 Impfung zu diesem Zeitpunkt vermindert werden können.

20 Die Kosten für eine Impfung betragen zwischen 400-500 Euro. Dies ist besonders für
21 Geringverdiener*innen nicht finanzierbar. Finanziell benachteiligt Menschen müssen deswegen
22 eine erhöhte Gefahr für ihre Gesundheit eingehen.

23 Die Impfung ist jedoch auch für männliche Personen sinnvoll, da sie sich selbst und andere
24 Menschen infizieren können. Denn auch bei Männern können HP Viren ernsthafte
25 Krebserkrankungen, beispielsweise im Mund- und Rachenraum, verursachen. Seit 2007 sind
26 die Behandlungszahlen rückläufig. Dies beweist den Erfolg der bisherigen Impfkampagne. Eine
27 Ausweitung derselben durch kostenfreie Impfungen, unabhängig von Alter und Geschlecht,
28 kann noch größere Erfolge verzeichnen.

29
30 <https://www.krankenkasseninfo.de/test/hpv>

31
32 [https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/humane-papillomviren-hpv/uebertragung-
34 verbreitung](https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/humane-papillomviren-hpv/uebertragung-
33 verbreitung)

35 [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Merkblaetter/Ratgeber HPV.html](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Merkblaetter/Ratgeber_HPv.html)

36
37 [https://www.gesundheitsstadt-berlin.de/hpv-impfung-auch-fuer-bereits-infizierte-frauen-sinnvoll-
39 631](https://www.gesundheitsstadt-berlin.de/hpv-impfung-auch-fuer-bereits-infizierte-frauen-sinnvoll-
38 631)

- 40 angenommen
41 abgelehnt
42 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: G 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und Endometriose

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Jede Form von chronischem und zyklischem Schmerz muss durch die Endometriosebetroffenen
4 und das soziale Umfeld als Warnsignal erkannt und durch Fachärzt*innen angemessen
5 untersucht und behandelt werden.

6 Deswegen bedarf es einer bundesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich
7 Menstruationsbeschwerden und Endometriose. Die Umsetzung der Kampagne erfolgt sowohl
8 über die klassischen Werbewege, wie Plakate und Flyer, als auch digital, beispielsweise über
9 die Social Media-Auftritte des Ministeriums und die Einführung eines bundesweiten jährlichen
10 Aktionsmonats zu Endometriose ab dem Jahr 2022.

11 Zur Finanzierung der Maßnahmen soll ein jährlicher Etat für die Aufklärung von Endometriose
12 für die „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ durch das Bundesministerium für
13 Gesundheit eingeführt werden. Dieser Etat soll als Untertitel des Haushaltstitels
14 „Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung“ geführt werden.

15
16 **Begründung:**

17 Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem
18 aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert Koch-Instituts leidet eine von zehn Frauen an
19 Endometriose.

20 Mit circa zwei Millionen Erkrankten und jährlich etwa 40.000 Neudiagnosen ist Endometriose
21 damit in der Gruppe der Endometriosebetroffenen doppelt so häufig vertreten wie Typ-II
22 Diabetes. Bei Endometriose wächst gebärmutterschleimhautähnliches Gewebe (sog.
23 Endometriose-Herde) außerhalb der Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im
24 Beckenraum, an Darm oder Bauchfell. In manchen Fällen treten Endometrioseherde auch
25 außerhalb des Bauchraums im gesamten Körper auf.

26 Herde können zyklisch bluten, weiterwachsen und sich entzünden sowie Verklebungen in
27 betroffenen Körperregionen verursachen.

28 Zu den Symptomen der Erkrankungen zählen zum einen extrem starke zyklusabhängige
29 Unterleibsschmerzen, die es den Endometriosebetroffenen teils unmöglich machen einer
30 produktiven Beschäftigung nachzugehen. Neben weiteren Symptomen wie Schmerzen beim
31 Geschlechtsverkehr, bei gynäkologischen Untersuchungen, beim Stuhlgang oder Urinieren und
32 Blutungen aus Blase und Darm leiden Endometriosebetroffene vermehrt unter ungewollter
33 Kinderlosigkeit.

34 Die Bagatellisierung und Stigmatisierung von Menstruationsbeschwerden in der Gesellschaft
35 führt zu unverhältnismäßig langen Diagnosezeiten, verzögerten Behandlungen und psychischem
36 Stress für Endometriosebetroffene.

37 Es ist unvorstellbar, dass Mädchen und jungen Frauen auch heute noch erklärt wird, dass
38 Menstruationsschmerzen normal und kein Grund zur Sorge seien und gleichzeitig bei jeder
39 anderen Art von regelmäßigen Schmerzen ein Arztbesuch empfohlen wird.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: G 6

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress; SPD-Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag

Betr.: Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

- 2
- 3 1. Es ist zu prüfen, ob die vollständige Kostenübernahme aller Behandlungen zur künstlichen
- 4 Befruchtung durch die gesetzlichen Krankenkassen, sofern diese für medizinisch notwendig
- 5 erachtet werden, vorgenommen werden kann.
- 6 2. Den uneingeschränkten Zugang eines gebärfähigen Menschen zu allen
- 7 Behandlungsschritten der künstlichen Befruchtung, unabhängig von
- 8 Beziehungsstatus oder Familienstand. Voraussetzung hierfür ist ein ärztliches
- 9 Beratungsgespräch, um über die Risiken und Verantwortungen aufzuklären.

10

11

12 **Begründung:**

13 Dank der verschiedenen Techniken der künstlichen Befruchtung ist es möglich, Paaren ihren

14 unerfüllten Kinderwunsch zu ermöglichen. Diesem Prozess geht oftmals eine lange Phase

15 aus Frustration, Versagensängsten oder Schamgefühl voraus, die viele Paare an die

16 Grenzen ihrer Belastbarkeit bringt. Eine künstliche Befruchtung ist für die Betroffenen die

17 einzige Chance, ein eigenes Kind auf die Welt zu bringen. Gleichzeitig ist der Eingriff mit

18 Kosten von mehreren tausend Euro sehr teuer, sodass die meisten auf Unterstützung durch

19 ihre Krankenkassen angewiesen sind. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen aber oftmals

20 nur 50% der Kosten, sodass es sich Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen

21 eventuell schlicht nicht leisten können, ein Kind zu zeugen. Außerdem wird die Behandlung

22 von GKVen nur unterstützt, sofern das betroffene Paar verheiratet ist. Die aktuelle

23 Gesetzgebung sorgt damit dafür, dass nicht alle Personen gleichermaßen Zugang zu der

24 Behandlung für eine künstliche Befruchtung erhalten. Klar ist: Eine künstliche Befruchtung

25 darf keine Frage des Geldbeutels sein und eine Heirat ist kein Maßstab dafür, wie geeignet

26 ein Paar ist, ein gemeinsames Kind zu bekommen.

- 27
- 28
- 29
- 30 angenommen
- 31 abgelehnt
- 32 überwiesen an

33

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: G 7

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress; SPD-Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag

Betr.: Medizin gendern – Nicht alle sind männlich

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern eine umfassende Erweiterung der medizinischen Forschung und Lehre durch
4 geschlechtsspezifische Aspekte sowie eine Anpassung der medizinischen Praxis durch
5 gendermedizinische Diagnostiken, Therapien und Medikationen. Die anatomische Frau darf in
6 der Medizin nicht mehr als Sonderfall, der anatomische Mann nicht mehr als Standard gelten.
7 Für uns heißt das insbesondere:

- 8
9 1. Wenn in der medizinischen Lehre vom Menschen gesprochen wird, darf nicht der
10 anatomische Mann gemeint sein. Die Lehre soll an eine geschlechtsspezifische Medizin
11 ansetzen, die Frau also nicht als medizinisch anormal betrachten. Vorbild hierfür kann die
12 Charité in Berlin sein, die als einzige medizinische Fakultät in Deutschland derzeit die
13 Gendermedizin lehrt.
14 2. Therapien und Medikationen sollen angepasst werden.
15 3. In den dazugehörigen Studien und der sonstigen Forschung dürfen finanzielle Erwägungen
16 auf keinen Fall zu einer geschlechtsbezogenen Benachteiligung führen. Klinische Studien
17 müssen repräsentativ sein und auch die (Neben-)Wirkungen auf den weiblichen Körper müssen
18 ausreichend gewürdigt werden.

19
20
21 **Begründung:**

22 Die Beschwerden und Symptome einer Krankheit sowie die (Neben-)Wirkungen der passenden
23 Medikamente unterscheiden sich bei Männern und Frauen enorm. Dies führt bereits zu
24 mangelhaften klinischen Studien, in denen Frauen oft unterrepräsentiert sind und endet in
25 falschen Therapien und Medikationen. Um eine faire und gleichberechtigte medizinische
26 Versorgung gewährleisten zu können, sollen die angehenden Mediziner*innen an den rund 40
27 medizinischen Fakultäten in Deutschland für Gendermedizin sensibilisiert werden. Dazu gehört
28 jedoch auch die Sensibilisierung der schon praktizierenden Mediziner*innen, die sich oftmals
29 der eigentlich nötigen Unterscheidung zwischen Mann und Frau in Diagnostik und Behandlung
30 nicht bewusst sind.

- 31
32
33 angenommen
34 abgelehnt
35 überwiesen an

36

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: U 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Vermeidung von Leerflügen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union werden dahingehend geändert,
4 dass der Einsatz von Leerflügen zur Erhaltung von Start- und Landerechten an einem bestimmten
5 Flughafen untersagt wird. Bei einer Neufassung der Vorschriften für Start- und Landerechte sind
6 die tatsächlichen Passagierzahlen bzw. Auslastungen (Zahlen aus Vergangenheit/Gegenwart
7 und ggf. darauf aufbauende Prognosen) von Flugzeugen als maßgebender Faktor zu
8 berücksichtigen. Für besondere, zu bezeichnende Ausnahmesituationen (bspw. pandemische
9 Lagen) sind Regelungen zu treffen, die – im Zweifelsfall – für den Erhalt von Start- und
10 Landerechten sorgen können, ohne dabei aber Leerflüge nötig zu machen bzw. zu gestatten.

11
12 **Begründung:**

13
14 In Zeiten der Covid-Pandemie kam es über mehrere Monate zu der Situation, dass
15 Fluggesellschaften zahlreiche Flüge mit sehr niedriger oder gar keiner Passagierauslastung
16 durchführten, um ihre Start- und Landerechte an diversen europäischen Flughäfen zu erhalten
17 (teilweise werden 18.000 angenommen)¹. Macht eine Fluggesellschaft von ihren Rechten durch
18 tatsächlich durchgeführte Starts und Landungen keinen Gebrauch, können diese verfallen.

19 Zwar ermöglichte die EU zwischenzeitlich, dass nur ein Teil der geforderten Starts und
20 Landungen wirklich stattfinden musste, dennoch wurde das Erfordernis nicht vollständig
21 abgeschafft².

22 Auch wenn die Pandemie ab 2020 eine unvorhergesehene und plötzliche Veränderung bedeutet
23 hat, sollte für die Zukunft – selbst wenn wieder eine vergleichbare Lage eintreten würde – die
24 Situation vermieden werden, dass leere oder fast leere Flüge nur zum Erhalt der Start- und
25 Laderechte durchgeführt werden können und müssen. Weder deckt sich dies mit den hohen,
26 selbst gesteckten Klimazielen der Europäischen Union (vgl. etwa European Green Deal), noch
27 liegt es im Eigeninteresse der Fluggesellschaften, da massive logistische und finanzielle
28 Kapazitäten gebunden werden.

29 Unberührt bleibt das Ziel, den Flugverkehr insgesamt zu reduzieren.

- 30
31 angenommen
32 abgelehnt
33 überwiesen an

¹ https://www.zeit.de/green/2022-01/slot-regeln-leerfluege-lufthansa-volker-wissing?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F

² <https://www.tagesspiegel.de/politik/luftnummer-leerfluege-es-ist-komplizierter-als-die-lufthansabehauptet/27981560.html>

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	RI 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Resozialisierung als Ziel: Für einen Systemwechsel im Justizvollzug

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Um Resozialisierung zu gewährleisten, muss ein grundsätzlicher Systemwechsel in unserem
4 Justizvollzug geschehen. Wir fordern deswegen eine grundsätzliche Reform des Justizvollzugs
5 in Deutschland. Im Rahmen der strukturellen Reform sollen involvierte Personengruppen aktiv
6 einbezogen und um ihre Expertise gebeten werden. Zu diesen Gruppen gehören: Menschen,
7 die sich in der Vergangenheit in einer Justizvollzugsanstalt befunden haben, oder sich aktuell in
8 einer JVA befinden, sowie Personen, die in JVA arbeiten (inkl. Seelsorger*innen,
9 Therapeut*innen und Vollzugsbeamt*innen).

10 Der Re-Integration ehemaliger Gefangener in die Gesellschaft soll dabei mehr Beachtung
11 geschenkt werden. Dies könnte – anstelle von in einer JVA zu verbüßenden Haftstrafen –
12 beispielsweise durch den vermehrten Einsatz von Bewährungsstrafen oder
13 Überwachungsmaßnahmen, wie Fußfesseln erreicht werden. Als Modell können dabei Länder,
14 die bereits erfolgreiche Reformen absolviert haben, bspw. Norwegen, dienen.
15 Ersatzfreiheitsstrafen, die bei Nichtzahlung von gerichtlichen Geldstrafen auferlegt werden,
16 sollen unmittelbar abgeschafft werden. Armut ist kein Haftgrund. Als Alternative sollen
17 langfristige Zahlungsmethoden eingerichtet werden, für Menschen die Strafen nicht unmittelbar
18 bezahlen können.
19 Zudem sollte die Frage gestellt werden, inwiefern Gefängnisstrafen von unter zwei Jahren einen
20 gesellschaftlichen und individuellen Nutzen erfüllen: So werden beispielsweise Drogendelikte
21 mit Gefängnisstrafen geahndet, auch wenn dadurch Personen, die unter einer Abhängigkeit
22 leiden, in eine Situation mit noch weniger Hilfsangeboten gelangen, was eine
23 Drogenabhängigkeit oftmals sogar fördert.
24

25 **Begründung:**

26 Die Prioritäten innerhalb des deutschen Systems werden falsch gesetzt. Dabei wird Schuld,
27 anstelle von Verantwortung, als Prinzip angewandt. Die Rückfälligkeitsquote hinterlegt diese
28 These: Während in Deutschland jede*r zweite rückfällig wird, liegt diese Quote in Norwegen
29 beispielsweise bei nur 20%.

30 Um das Ziel der Inhaftierung, die Resozialisierung, tatsächlich zu gewährleisten, sollen neue
31 Maßstäbe in den Gefängnissen und im Strafvollzug gesetzt werden. Denn durch eine höhere
32 Resozialisierungsquote profitieren nicht nur Personen, die selbst Straftaten begangen haben,
33 sondern – durch sinkende Kosten, sinkende Kriminalität und einer insgesamt mehr auf
34 Humanität setzende Gesellschaft – alle in Deutschland lebenden Personen.
35 Gefängnisse sollen, wenn denn schon eine Haftstrafe verhängt wird, deswegen mit einem
36 Fokus auf ein humanitäres und eigenständiges Leben gestaltet sein. Das bedeutet, dass das
37 Leben innerhalb der Gefängnisse möglichst "normal", d.h. wie in der Außenwelt, gestaltet sein
38 sollte: Mehr Möglichkeit zur (fair bezahlten) Arbeit, Verantwortung für das eigene Leben (bspw.
39 durch eigenständige Arbeiten für den eigenen Haushalt, so wie Wäsche, Kochen o.ä.), sowie
40 mehr Kontakte zu Familie und Freund*innen. Nur so kann ein Leben auch nach dem
41 Justizvollzug mit möglichst wenigen Übergangsschwierigkeiten gelingen. Über den Zeitraum

42 ihrer Inhaftierung sollten Gefangene dabei einen sukzessiven Fortschritt durch mehr Freiheiten
43 und mehr Verantwortung erleben, um den Übergang in die Außenwelt zu vereinfachen und
44 weniger abrupt zu gestalten.

45 Während Gefängnisse in unserer Gesellschaft eine abschreckende und resozialisierende Rolle
46 spielen sollen, zeigt sich in der Realität ein ganz anderes Bild. Ein Beispiel dafür sind
47 Drogendelikte: Personen, die wegen Drogendelikten inhaftiert werden, sind in Gefängnissen
48 einer Situation ausgesetzt, die den Teufelskreis der Abhängigkeit nur noch verstärkt: Nach
49 Schätzungen ist jede*r dritte Gefangene von einer oder mehreren Drogen abhängig. Und
50 nachdem Drogen zwar verfügbar, aber deutlich teurer sind, werden Drogenabhängige sogar
51 oftmals während ihres Aufenthalts zu Drogendealern.

52 Zudem ist die Situation uneinheitlich: Nur in manchen deutschen Gefängnissen werden
53 Substitutionstherapien angeboten. Steriles Spritzbesteck wird kaum ausgegeben. Auch
54 Krankheiten wird so innerhalb der Gefängnisse oft nicht genug Einhalt geboten. Anstelle der
55 Realität des Drogenhandels und -konsums in Gefängnissen ins Auge zu sehen und die
56 Schäden zu minimieren, wird dieser Aspekt des Gefangenenlebens oft einfach ignoriert und das
57 Problem so nur verschlimmert.

58 All diese Aspekte müssen in einer großangelegten strukturellen Reform integriert werden, die
59 auch die Personen einbezieht, die das Leben in JVA am besten kennen und einschätzen
60 können. Durch einen Reformprozess können wir den Justizvollzug in Deutschland grundsätzlich
61 verbessern, und so einen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt machen.

- 62
63 angenommen
64 abgelehnt
65 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: RI 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Betr.: Digitale Übertragung kommunaler Parlamentssitzungen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD soll sich auf allen ihren Gliederungen dafür einsetzen, dass Übertragungen der
4 kommunalen Parlamentssitzungen grundsätzlich möglich werden. Die Hessische
5 Gemeindeordnung soll dahingehend überarbeitet und geändert werden.

6

7 **Begründung:**

8

9 Parlamente sind das Herz der Demokratie, gerade in der Kommunalpolitik. Nicht alle
10 Bürger*innen besitzen die Zeit bzw. Flexibilität, sich kommunale Sitzungen anzuschauen. Die
11 Berichterstattung über die Sitzungen ist auch nicht allen zugänglich bzw. Aufgrund der Länge
12 der Sitzungen gar nicht umfassend möglich. Daher soll es den Menschen direkt möglich sein,
13 sich ein Bild ihrer Politik vor Ort machen zu können. Natürlich erfordert dies einen immensen
14 Betrag an Kosten, doch darf Demokratie und demokratische Bildung nie an den Kosten
15 scheitern.

16

- 17 angenommen
- 18 abgelehnt
- 19 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag: RI 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Transparente Lobbyarbeit auf Bundesebene

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Den Bürger*innen unseres Landes muss bei (öffentlich) politischen Meinungen
4 beziehungsweise Entscheidungen die Möglichkeit gegeben werden, Einsicht in möglicherweise
5 bestehende oder potenzielle Geschäftsbeziehungen zwischen Politiker*innen und
6 entsprechenden Unternehmern zu bekommen. Dabei sollen Informationen, näher beschrieben
7 als die vollständige Transparenz der geschäftlichen Beziehungen dargelegt werden. Dafür
8 bedarf es eines verbindlichen Lobbyregisters, für das es bisher keine ausreichende gesetzliche
9 und damit allgemeingültige Regulierung gibt.

10
11 **Begründung:**

12 Sofern kein verbindliches Lobbyregister eingeführt wird, kann dies zu einem politischen Verlust
13 des Vertrauens innerhalb der Gesellschaft führen. Wenn die Lobbyarbeit transparenter gestaltet
14 wird, so führt dies in eine positive und damit umgekehrte Richtung. Zudem sollten politische
15 Entscheidungen vorrangig nicht aus Korruption heraus entstehen. Dazu gehören beispielsweise
16 Geschenke oder Vorteile sonstiger Art.

17 Lobbyismus basiert in Deutschland auf festgefahrenen Strukturen und Ungleichheiten in Bezug
18 auf Machtverhältnisse. Es darf nicht vergessen werden, dass es Akteure gibt, die privilegierte
19 Zugänge besitzen, wenn es darum geht, in Richtung der Politik zu agieren. Genannt werden
20 können hier unter anderem Unternehmen sowie Verbände, die der Wirtschaft nahestehen.
21 Sie können nicht unerhebliche Mittel zum Einsatz bringen, wobei jedoch entsprechende
22 Interessen eher auf einem speziellen Geschäftsmodell oder Partikularinteresse der eigenen
23 Branche beruhen. Demgegenüber stehen Interessen, die vermehrt den Gedanken des
24 Gemeinwohls verfolgen.

25 Die große Koalition reichte im März 2018 einen Gesetzesentwurf ein, der sich unter anderem
26 auf die Einführung eines Lobbyregisters bezieht. Kritisch hierzu können (nicht abschließend)
27 Punkte angemerkt werden, inwiefern dieses Vorhaben weiterhin unzureichend bleibt.

28 → Im Bereich der Beschlüsse von Gesetzen fehlt das Durchdringen durch
29 Lobbyarbeit

30 → Zudem werden Lobbyzusammenkünfte durch Mitglieder der Regierung nach wie
31 vor nicht öffentlich gemacht

32 → Akteure der Lobbyarbeit sind weiterhin nicht dazu verpflichtet anzugeben, was
33 mit ihrer Lobbyarbeit bezweckt werden soll (Zielverfolgung)

34 → Zwar müssen Lobbybeschäftigte (hier: Abgeordnete, Regierung) ihre
35 Auftraggeber angeben, jedoch müssen Lobbyausgaben und Ziele nicht pro Auftrag
36 ausgewiesen werden

37 → Auch ist es weiterhin möglich, Finanzierungsangaben und Auskünfte über
38 Lobbyausgaben zu verweigern

39 Damit wir als SPD weiterhin für Soziale Gerechtigkeit eintreten und dieser Gedanke auch
40 optimalerweise für jeden subjektiv eine Selbstverständlichkeit darstellt, müssen wir beim Thema

41 Lobbyismus einen gemeinsamen und sozial gerechten Weg gehen. Um Lobbyismus mit
42 Sozialer Gerechtigkeit zu vereinbaren, ist es daher nötig, politische Entscheidungen so
43 auszurichten, dass alle Einwohner unserer Nation davon profitieren können. Einseitige
44 Firmeninteressen für einen begrenzten (privilegierten) Personenkreis sollten somit vermieden
45 werden. Es sollte für jedermann möglich sein, sich abseits der Informationsbeschaffung über
46 das politische Geschehen über Medien ein angemessenes Meinungsbild über staatliche
47 Entscheidungen über ein transparentes Lobbyregister zu festigen. Nur so kann Politik einen
48 wichtigen Beitrag für ein öffentlich seriöses Bild abgeben.

49

50

51

52

53 angenommen

54 abgelehnt

55 überwiesen an

56

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: RI 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine WM zum Preis von Menschenleben: Fußball-WM in Katar boykottieren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Um den Druck auf den DFB und die Veranstalter der WM zu erhöhen, fordern wir alle
4 Mandatsträger*innen auf, keine Reisen nach Katar zur WM zu unternehmen und dieser keine
5 öffentliche Aufmerksamkeit, z.B. in Form von Social-Media-Postings und Teilnahmen an Public-
6 Viewing-Events, zu verschaffen. Staatliche Stellen haben auf die Menschenrechtsverletzungen
7 in Katar - besonders im Kontext der WM – hinzuweisen.

8
9 **Begründung:**

10 Erfolgt mündlich!

- 11
12
13
14
15
16 angenommen
17 abgelehnt
18 überwiesen an

19
20

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: RI 5

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Landeskonferenz; SPD-Landesparteitag

Betr.: Synagogen als Orte des Erinnerns – erhalten, schützen, stärken

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Synagogen sollen als Orte des Erinnerns einem besonderen Schutz unterliegen. Schüler*innen
4 müssen lernen, dass jene nicht nur religiöse Orte sind, sondern auch historisch mit den
5 Schrecken des NS-Regimes belegt sind. Aufklärungen wie der Verein „Jüdisches Leben im
6 Werra-Meißner-Kreis“ es beispielsweise in der Äbteröder Synagoge tätigt, muss das Land und
7 der Bund mit mehr Mitteln fördern.

8
9
10 **Begründung:**

11 Synagogen sind in einem vom Nationalsozialismus geprägtem Deutschland sehr wichtig. Sie
12 zeigen uns, wohin Hass und Wut enden, welch grausame Taten der liebe Nachbar von
13 Nebenan verüben kann. Aber sie sind auch ein Zeichen der Hoffnung. Selbst in der dunkelsten
14 Stunde wird irgendwo ein Licht aufblühen, welches den Weg in eine bessere Zukunft weist. Die
15 Geschichte dahinter muss viel mehr Menschen erreichen und der Antisemitismus muss
16 zerschlagen werden.

17
18
19
20
21
22 **Begründung:**

- 23
24
25
26
27 angenommen
28 abgelehnt
29 überwiesen an

30

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Kein Geschichtsunterricht ohne die erste und zweite deutsche Frauenbewegung

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3 Wir fordern die Eingliederung der ersten und zweiten deutschen Frauenbewegung als festen
4 Bestandteil in den hessischen Kerncurricula der Sekundarstufe I. Dafür soll die
5 Frauenbewegung in das Inhaltsfeld „Epochenbezug Neuzeit“ aufgenommen werden. Wichtige
6 Inhalte der Frauenbewegung stellen dabei unter anderem:
7 - Die Frauenvereine/Frauenerwerbsvereine/Frauenbildungsvereine
8 - Die Frauenerwerb zur Zeit des Kaiserreichs
9 - Mädchenbildung/Die preußische Mädchenschulreform
10 - Der Kampf um das politische Stimmrecht
11 als auch für den „Epochenbezug Neueste Zeit“ die Inhalte:
12 - „Wir haben abgetrieben!“-Kampagne
13 - Frauenhäuser gegen Gewalt in der Ehe
14 dar. Welche weiteren Inhalte aufgenommen werden können, muss unter Anbetracht der
15 weiteren Geschichtsthemen berücksichtigt werden.
16

17 **Begründung:**
18 Ungefähr die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist weiblich. Trotzdem wird ihre Geschichte im
19 hessischen Geschichtsunterricht nicht vermittelt, denn der Schul-Unterricht im Bereich
20 Geschichte ist immer noch sehr männerdominiert. Frauen sind ein wichtiger Bestandteil unserer
21 Geschichte und sollten als solcher auch in unserem Bildungssystem anerkannt werden. Die
22 Änderungen, die zur Zeit des Kaiserreichs aufkamen, wie beispielsweise das politische
23 Stimmrecht der Frauen, ist maßgebend für unser heutiges demokratisches Verständnis. Um der
24 Tragweite dieses Wandels genügend Bedeutung beizumessen, brauchen wir die
25 Frauenbewegung als festen Bestandteil im hessischen Schulunterricht und in den hessischen
26 Kerncurricula der Sekundarstufe I.
27
28
29
30
31

- 32 angenommen
33 abgelehnt
34 überwiesen an

35
36

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Mehr Fairness für ausländische Studierende

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Die Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes sowie der
4 entsprechenden Ausführungsbestimmungen herbeizuführen, die sicherstellt, dass ausländische
5 Studierende neben dem sog. Sperrkonto auch andere Nachweise ausreichender Mittel durch
6 die Ausländerbehörde anerkannt werden müssen.
7

8 Darüber hinaus soll ein eigenes Fördersystem etabliert werden, dass besonders förderwürdigen
9 ausländischen Studierenden ein Studium in Deutschland ermöglicht.
10

11 **Begründung:**

12 Ausländische Studierende sind nach Maßgabe § 2 Absatz 3 Satz 5 AufenthG dazu verpflichtet
13 einen Nachweis ausreichender Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts, einschließlich
14 ausreichenden Krankenversicherungsschutzes, zu erbringen. Ausreichende Mittel stehen dann
15 zur Verfügung, wenn sie dem BAFöG Förderungshöchstsatz entsprechen. Dieser wird durch
16 das Bundesministerium des Inneren im Bundesanzeiger regelmäßig aktualisiert. Dies gilt
17 unabhängig davon, ob ausländische Studierende ein Visum für den Studienaufenthalt in
18 Deutschland benötigen oder nicht. Im Falle eines notwendigen Visums, wird bereits bei
19 Beantragung dieses Visums der Nachweis über die Finanzierung des Aufenthaltes vorzulegen
20 sein. Der als ausreichend anerkannte monatliche Betrag liegt derzeit bei mindestens 861 €
21 netto pro Monat. Im Rahmen des Visumverfahrens ist die Finanzierung für das erste Studienjahr
22 nachzuweisen. Seit dem 1. Januar 2021 ist dieser Betrag insgesamt bei 10.332 Euro festgelegt.
23 Zu stellen ist der entsprechende Antrag bei der zuständigen Ausländerbehörde des
24 entsprechenden Wohnorts. Ein Sperrkonto darf nur das Abheben des entsprechenden,
25 monatlichen Betrages in Höhe von derzeit 861 € zulassen. Die Auflösung des Sperrkontos darf
26 nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde erfolgen und ist der alleinigen Verfügung der
27 ausländischen Studierenden entzogen.¹
28

29 Weitere zulässige Nachweise sind neben dem Sperrkonto auch eine Verpflichtungserklärung
30 nach §§ 66-68 AufenthG - bei der die unterzeichnende Person für den Lebensunterhalt sowie
31 die Unterkunft der jeweiligen ausländischen Studierenden haftet - ein Stipendium oder ein
32 Finanzierungsnachweis durch Dritte.²
33

34 Bereits jetzt handeln insbesondere Kommunen strategisch und langfristig, um eine Bindung
35 internationaler Studierender zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und lokaler Überalterung
36 zu gewinnen. Deutschland wird damit rechnen müssen, dass die Bevölkerung im

¹ Vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/sperrkonto/375488>

² Vgl. <https://brasil.diplo.de/blob/1053448/4d6549ccec83a2389f27b6123deaa87b/merkblatt-finanzierung-studienaufenthalt-data.pdf>

37 erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgeht. Der Fachkräftemangel ist insbesondere für das
38 umlagebasierte Wohlfahrtssystem eine große Gefahr. Selbst optimistische Prognosen gehen
39 davon aus, dass neben der EU-Binnenwanderung eine gesteuerte Zuwanderung aus
40 Drittstaaten notwendig ist, um den Fachkräftebedarf zu decken. Eine schnelle und entschiedene
41 Initiative zur Anwerbung qualifizierter Zuwanderer kann dazu beitragen, den Bedarf zumindest
42 abzumildern. Im Jahr 2013 berichteten beispielsweise 53% der kleinen, 57% der mittelgroßen
43 und 52% der großen Unternehmen von teils erheblichen Problemen bei der Anwerbung
44 geeigneter Studierender an den deutschen Hochschulen.³

45
46 Dieser veränderten Bedarfsstruktur stehen noch große, bürokratische Hürden entgegen. Dazu
47 gehört auch das Sperrkonto für ausländische Studierende. Sie stellt einen nicht zu
48 unterschätzenden bürokratischen Aufwand für die Ausländerbehörden und ausländischen
49 Studierenden dar. Außerdem sind damit für Letztere nicht unerhebliche, finanzielle Kosten
50 verbunden. Das Ziel vieler Kommunen ist aber nach wie vor, die bereits bestehende
51 Bürger*innenfreundlichkeit der Ausländerbehörden weiter zu fördern und sie zu einer
52 Willkommensbehörde weiterzuentwickeln. Die formalen Belastungen für ausländische
53 Studierende und Wissenschaftler*innen sollte dafür weiter abgebaut werden. Bereits jetzt gibt
54 es in mehreren Kommunen Bestrebungen, das Sperrkonto abzuschaffen. Allerdings gibt es
55 dazu einige rechtliche Bedenken, die zu einer größeren Vorsicht bei der Interpretation der
56 entsprechenden Rechtsnormen führt. Das Argument, ausländische Studierende vor finanziellen
57 Engpässen zu schützen, ist angesichts der Tatsache, dass ausländische Studierende in
58 Deutschland kein Recht auf den Bezug von Sozialleistungen haben, nachvollziehbar. Dies
59 muss bei der Gestaltung der Regelungen zum Finanzierungsnachweis in jedem Fall
60 berücksichtigt werden. Eine rechtliche Klärung über die Möglichkeit von alternativen
61 Finanzierungsnachweisen beispielsweise in Form von Kontoauszügen, Gehaltsabrechnungen
62 und Arbeitsverträgen, wäre hier sinnvoll. Maßgeblich ist dabei, dass der*die ausländische
63 Studierende eine, den bisherigen Beträgen entsprechenden Finanzierung der eigenen
64 Lebenshaltungskosten nachweisen kann. Eine Abkehr vom Sperrkonto würde nicht nur einen
65 erheblichen Bürokratieabbau bedeuten, sondern auch den wiederkehrenden Problemen, die
66 durch ausländische Studierende seit Jahren angeführt werden, Rechnung tragen. Im letzten
67 Jahr wurde ein großer Fall von unzulässig eingerichteten Sperrkonten bekannt. Zahlreichen
68 ausländischen Studierenden wurden unerlaubt angebotene Sperrkonten eingerichtet, die
69 kurzfristig rückabgewickelt werden mussten. Dies führte zu erheblichen finanziellen Problemen
70 für diese Studierenden, da sie für eine längere Zeit absolut keinen Zugang zu ihren
71 Ersparnissen hatten. Der Bundesverband ausländischer Studierender kritisierte diese
72 "unlauteren Geschäfte" und sprach sich bereits zuvor generell gegen das Sperrkonto aus.⁴⁵

73
74 Das Sperrkonto wird von ausländischen Studierenden als Bevormundung über die eigene
75 finanzielle Selbstbestimmung angesehen. Die Verfügung über das Eigentum der Studierenden,
76 wird ihnen entzogen. In die Kritik fließt oft der Aspekt einer Diskriminierung ausländischer
77 Studierender aus Drittstaaten ein. Der Pflicht zum Nachweis ausreichender Finanzmittel hat für
78 ausländische Studierende zwar nach wie vor Bestand, doch war durch Änderungen der
79 Vorgaben durch die Landes- und Bundesregierung eine Absenkung des Betrages und
80 Erleichterung der Vorgaben im Rahmen der COVID-19 Pandemie möglich. Es sei zu
81 beobachten, ob diese zeitweise Umstellung zur erhöhten Abbrüchen aus finanziellen Gründen
82 bei ausländischen Studierenden geführt hat und wie dies alternativ zu der Pflicht zum
83 Sperrkonto gelöst werden kann. Die pandemiebedingte Änderung der Vorgaben macht deutlich,
84 dass eine dauerhafte Lösung in diese Richtung ermöglicht werden kann.

85
86 Schließlich sei die derzeitige, alternativlose Verpflichtung zum Sperrkonto dafür verantwortlich
87 zu machen, dass es nur denjenigen ausländischen Studierenden möglich ist, in Deutschland

³ Vgl. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2015/06/SVR-FB_Zugangstor_Hochschule.pdf

⁴ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/durch-unzulaessige-sperrkonten-geprellt-auslaendische-studierende-warten-auf-ih-r-geld/27469698.html>

⁵ Vgl. <https://bas-ev.de/auf-ruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studierender/>

88 studieren zu können, die einen Betrag von über Zehntausend Euro vorab leisten können. Ein
89 Betrag, der für die meisten Ländern des globalen Südens, eine Zugehörigkeit zur (oberen)
90 Mittelschicht voraussetzt. Im Sinne der internationalen Solidarität, der entwicklungspolitischen
91 Grundsätze und dem Gedanken für die Gleichheit ist dies aus sozialdemokratischer Sicht ein
92 kaum tragbarer Zustand.

93

94

95

96 angenommen

97 abgelehnt

98 überwiesen an

99

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Bezahlbare Nachhilfe für alle

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern eine unbürokratische Kostenübernahme von Nachhilfestunden bei Schülerinnen
4 und Schülern, deren Eltern Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder einen
5 Kinderzuschlag erhalten. Dabei sollen die bisherigen Voraussetzungen für eine
6 Kostenübernahme wegfallen.
7

8 **Begründung:**

9 Die Bildung der Kinder sollte nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Doch im Bereich
10 der Nachhilfe ist dies teilweise der Fall. Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II, Sozialgeld,
11 Sozialhilfe, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten, müssen gewisse Voraussetzungen
12 erfüllen, um die Kostenübernahme der Nachhilfestunden genehmigt zu bekommen. So muss
13 zum einen die jeweilige Schule einen Nachhilfebedarf bescheinigen, zum andern muss die
14 Versetzung gefährdet sein. Ein Anspruch besteht nicht, wenn die Note „lediglich aufgebessert“
15 werden soll. Kinder, deren Eltern sich die Nachhilfe aus eigener Tasche leisten können, haben
16 diese Möglichkeit. Deswegen bedarf es einer unbürokratischen Kostenübernahme unter keiner
17 der oben genannten Voraussetzungen.
18
19
20
21
22

23 **Begründung:**

- 24
25
26
27 angenommen
28 abgelehnt
29 überwiesen an
30

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Kleinere Klassen für größere Lernerfolge!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, die Klassengröße an allen Schulen des
4 Landes Hessen zu minimieren. Die genaue Anzahl soll sich an der Schulform orientieren,
5 jedoch eine deutliche Verkleinerung der momentanen Klassengrößen darstellen.

6

7

8 **Begründung:**

9

10 Als Bildungspartei sehen wir es als unseren Auftrag dafür zu sorgen, dass möglichst viele
11 Individuelle Stärken gefördert und Schwächen entgegengewirkt werden kann. Der pandemisch
12 bedingte Wechselunterricht hat gezeigt, dass Schule das leisten kann. Damit dies jedoch unter
13 normalen Umständen in der Praxis realisiert werden kann, muss den Lehrenden die Möglichkeit
14 gegeben werden, sich genug Zeit für jeden Lernenden zu nehmen. Daher unser pragmatischer
15 und effektiver Ansatz: Kleinere Klassen für größere Lernerfolge!

16

- 17 angenommen
- 18 abgelehnt
- 19 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Informatik ist mehr als PowerPoint

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Die SPD Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass der Lehrplan des Landes Hessen für
4 das Fach Informatik vorsieht, dass jede:r Schüler:in, unabhängig der Schulform, die Möglichkeit
5 bekommt, informationstechnische Grundlagen zu erlangen. Neben Schreib-, Rechen- und
6 Präsentationsprogrammen soll den Lernenden ein Grundverständnis von digitalen Medien
7 inklusive deren Möglichkeiten und Gefahren vermittelt werden.
8
9

10 **Begründung:**
11

12 Die Digitalisierung unseres Landes schreitet wenn auch schleppend immer weiter voran. Daraus
13 folgt, dass es immer wichtiger wird einen verantwortungsvollen Umgang mit den technischen
14 Möglichkeiten zu erlernen. Die Realität zeigt, dass sich der Informatikunterricht oftmals nur auf
15 die einfachsten Grundlagen der gängigen Schreib-, Rechen- und Präsentationsprogramme
16 beschränkt.

17 Wir sind der Meinung, dass jede technische Neuerung Möglichkeiten aber auch Risiken mit sich
18 bringt, die es zu minimieren gilt. Um einen verantwortungsvollen Umgang mit der Technik zu
19 lernen, halten wir es für angemessen dem Informatikunterricht mehr Raum zu geben und diese
20 Thematiken auch dort zu behandeln.
21
22

- 23 angenommen
24 abgelehnt
25 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 6

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Betr.: Demokratie Zukunft geben

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern, dass der Politikunterricht in hessischen Schulen „neu“ gedacht wird.
4 Zuerst sollte das bestehende Fach Politik-Wirtschaft umgestaltet werden und ein solcher
5 Politikunterricht sollte sich im Vordergrund mit den Möglichkeiten zur politischen Partizipation
6 auseinandersetzen. Die aufgespaltenen Bereiche Politik und Wirtschaft sollen separat stärker
7 gefördert werden. Außerdem soll es stufenübergreifende Förderungen des Politikgeschehens
8 geben. Dabei sollte der Aspekt der kommunalen Politik vor allem im
9 Vordergrund politisch inhaltliche Diskussion sollten auch vertieft Einzug im Politikunterricht

10
11 **Begründung:**

12 Die aktuelle Gestaltung des Politik-Wirtschaft Unterrichts trägt stark zur Entfremdung von
13 Politik bei. Oft wird über abstrakte Dinge im bundes- oder landespolitischen Zusammenhang
14 gesprochen. Dabei sollte doch im Vordergrund stehen die Schüler*innen politisch zu bilden.
15 So sollten die Schüler*innen zuallererst lernen, welche Möglichkeiten jeder Bürger in einer
16 Demokratie hat und wie diese Möglichkeiten genutzt werden können, um Demokratie zu
17 leben. Eine solche Betrachtung würde in den Schülern aus unserer Sicht ein deutlich
18 anderes Gefühl hervorrufen. Anstatt nur zu lernen, was in Berlin passiert, lernen die
19 Schüler*Innen welche Möglichkeiten Ihnen geboten sind, um aktiv Ideen in die Gesellschaft
20 einzubringen. Darüber hinaus sollen die Lerninhalte in einen Schulfach Politik deutlich
21 definiert werden. In der Realität sieht es leider so aus, dass viele Lehrer*Innen den
22 Politik-Wirtschaft Unterricht nutzen, um Inhalte zu erarbeiten, wie das Praktikum oder
23 Methodenarbeit. Diese Zeit die dabei verloren geht, ist aber sehr wichtig und sollte genutzt
24 werden um Schüler*Innen politisch zu bilden. Immer wieder berichten die Medien davon,
25 dass viele Jugendliche kein Interesse an Kommunalpolitik haben, oder vielmehr nicht
26 wissen, was der Kreistag ist. Dieses Phänomen tritt unter anderen auf, da im
27 Politik-Wirtschaft Unterricht häufig die Bundespolitik und Landespolitik betrachtet wird. Die
28 Lokalpolitik, die eigentlich doch sehr wichtig ist, wird dabei meist komplett außer Acht
29 gelassen. Doch gibt es so viele Möglichkeiten sich kommunalpolitisch einzubringen und
30 Schüler*innen sollten darüber aufgeklärt werden. Bezogen auf die Kommunalpolitik haben
31 alle Bürger*Innen eine Meinung. Unser Schulsystem hat die Pflicht Schüler*Innen zu lehren,
32 wie diese Meinung auch in Taten umgesetzt werden kann. Wie gerade beschrieben haben
33 alle Bürger*Innen eine politische Meinung. Politikunterricht in der Schule hat daher die
34 wichtige Aufgabe Schüler*Innen zu lehren, wie das eigene Argument sachlich dargelegt
35 werden kann. Daher sollten im Politikunterricht des Öfteren politische Diskussionen zu
36 verschiedenen Themen stattfinden, um Schüler*Innen darin zu bestärken politisch zu
37 partizipieren. Ein Besuch im Hessischen Landtag sollte für alle Schulen im Werra-Meißner-Kreis
38 in der neunten Klasse Pflicht sein.

- 39
40 angenommen
41 abgelehnt
42 überwiesen an

43

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 7

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Sex matters! – Kinder und Jugendliche vernünftig aufklären

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

- 2
- 3 • der Sexualekundeunterricht muss von geschulten Sexualpädagog*innen übernommen werden.
 - 4 • die Lehrinhalte müssen an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen orientiert werden
 - 5 insbesondere sollen auch queere Aspekte aufgenommen werden. So soll es beispielsweise
 - 6 genug Raum geben, um Fragen zu stellen.
 - 7 • der Unterricht muss sich auch daran orientieren, dass es beim Sex nicht nur um Kinder
 - 8 kriegen geht, sondern dass Lust ein großer Faktor ist. Mythen über weibliche Orgasmen sollen
 - 9 so beispielsweise endlich aufgeklärt werden.
 - 10 • Inhalt des Unterrichts muss auch sexualisierte Gewalt sein. Kinder und Jugendliche müssen
 - 11 lernen, was konsensualer Sex ist und was nicht.
 - 12 • Auch Verhütungsmittel sollen Thema sein, dabei soll der Fokus auch auf nicht heterosexuellen
 - 13 Verhütungsmitteln liegen

14

15 **Begründung:**

16 Verschämt im Biologieunterricht zu sitzen, um von der Lehrkraft "das mit den Bienchen und

17 Blümchen" erklärt zu bekommen. So sieht oftmals der Sexualekundeunterricht in deutschen

18 Schulen aus. Das muss sich dringend ändern.

19 Noch nie war der Zugang zu pornographischen Inhalten so leicht für Kinder und Jugendliche,

20 wie heute. Doch das führt keinesfalls zu einer besseren Aufklärung, sondern nur zu größerer

21 Verunsicherung. Um aufgeklärte Erwachsene zu bekommen, müssen wir Kinder und

22 Jugendliche zeitgemäß aufklären und nicht mit ihren Fragen allein lassen.

23

24

25

26

27

28 **Begründung:**

- 29
- 30
- 31
- 32 angenommen
 - 33 abgelehnt
 - 34 überwiesen an

35

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: B 8

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Betr.: Doppelspitze in den Schulen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Eine Doppelspitze für Schülersprecher*innen soll möglich sein.

4 Die Klassensprecher*innen soll vor der Wahl beschließen, ob es eine Doppelspitze geben soll
5 oder nicht. Diese soll paritätisch besetzt werden.

6

7 Gleiches soll im entsprechenden Wortlaut für den Elternbeirat, für den Kreisschülerrat und dem
8 Landesschülerrat gelten.

9

10 **Begründung:**
11 Erfolgt mündlich.

12

13

14

15

16

17 **Begründung:**

18

19

20

21 angenommen

22 abgelehnt

23 überwiesen an

24

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: SZ 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Rentenversorgung von Gefangenen: Haft darf nicht die Ursache von Altersarmut sein

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Einzahlungen in die Rentenversicherung müssen bei Personen, die in Haft sind, weiter bezahlt
4 werden. Insofern dies nicht durch Arbeit oder Ersparnis geleistet werden kann, soll der Staat
5 diese Zahlungen übernehmen.

6
7 **Begründung:**
8 Haft führt in einer überwältigenden Prozentzahl zu Altersarmut¹, was sich wiederum negativ auf
9 Rückfälligkeitsquoten auswirkt. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden, denn eine Strafe
10 nach der Strafe darf es nicht geben. Durch die Zahlungen von Rentenversicherungsbeiträgen
11 lässt sich so ein einfacher Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und weniger Armut tätigen.

- 12
13 angenommen
14 abgelehnt
15 überwiesen an

¹ Beispiele für einige Problematiken und mögliche Lösungsansätze unter
https://www.nwzonline.de/politik/niedersachsen/aus-der-zelle-in-die-altersarmut-aus-der-gefaengniszelle-in-die-altersarmut_a_29,0,1499081001.html#

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: SZ 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Humanität und Resozialisierung: Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in Justizvollzugsanstalten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Justizvollzugsanstalten sollten kein von der Außenwelt und den Fortschritten der Außenwelt
4 abgeschotteter Raum sein. Auch bei Personen, die eine Gefängnisstrafe absolvieren, sollte der
5 Staat auf Humanität setzen, und bestmögliche Bedingungen umsetzen, um die Resozialisierung
6 nach dem Justizvollzug zu vereinfachen, die Rückfälligkeitsquote zu verringern und die Werte
7 unserer Gesellschaft auch innerhalb von Gefängnismauern zu stärken. Wir fordern deswegen
8 eine Überprüfung der Situation in Justizvollzugsanstalten auf ebendiese Werte, wobei
9 insbesondere in folgenden Fällen eine Reform dringend notwendig ist:

- 10
- 11 • Medizinische Versorgung in Gefängnissen: Entzüge für alkohol- und drogenabhängige
12 Gefangene müssen nach neuestem medizinischen Kenntnisstand gestaltet sein,
13 Nahrungsmittel sollten gesundheitsfördernd sein, und das medizinische Angebot für alle
14 Krankheiten muss ausgeweitet werden.
 - 15 • Frauen und Schwangerschaft: Hier ist ein Umdenken dringend notwendig: Es müssen
16 besondere Besuchsregelungen geschaffen werden, sofern möglich muss eine Strafe außerhalb
17 des Gefängnisses erfolgen können, und schwangere Insass*innen benötigen einen fairen
18 Mutterschutz, denn dies ist für die psychische und physische Gesundheit der Mutter und des
19 Kindes unabdingbar. Die momentan oftmals gültige Praxis, bei der das Kind bereits Stunden
20 nach der Geburt der Mutter entzogen wird, ist menschenunwürdig und gefährlich. In
21 Bundesländern, in denen es noch keinen Mutter-Kind-Vollzug gibt, muss dies dringend
22 umgesetzt werden.
 - 23 • Möglichkeit zur Reintegration in das „alte Leben“: Das Leben in Gefängnissen muss so
24 gestaltet werden, dass das Leben nach dem Ende der Haftstrafe nicht noch zusätzlich
25 erschwert wird: Dazu gehört die Schaffung von Arbeitsplätzen noch in der Justizvollzugsanstalt,
26 die mit mind. Mindestlohn vergütet werden sowie die grundsätzliche Möglichkeit des
27 Beibehaltens der eigenen Wohnung auch während einer Haftstrafe.
 - 28 • Alltag in Gefängnissen: Auch in Gefängnissen muss es den Gefangenen möglich sein,
29 Entscheidungen über ihr eigenes Leben zu treffen, und ihren Alltag selbstständig zu gestalten.
30 Gefängnisreformen aus anderen Ländern (insb. Norwegen) haben gezeigt, dass es einen
31 großen Vorteil hat, das Leben innerhalb eines Gefängnisses so „normal“ wie möglich zu
32 gestalten, um den Gefangenen das Leben nach der Haft nicht noch unnötig zu erschweren.
 - 33 • Kontakte in die Außenwelt: Insass*innen müssen vermehrte Möglichkeiten zum Kontakt in die
34 Außenwelt erhalten, durch die Bereitstellung von Tablets oder Handys mit vorinstallierten
35 Programmen, durch mehr Besuchsstunden, und auch durch Bildung (bspw. Mitnahme von
36 Büchern, Bestellung von Büchern in Gefangenen-Bibliotheken).
- 37

38 **Begründung:**

39 In den vergangenen Jahrzehnten haben wir viele gesellschaftliche Fortschritte gemacht.
40 Allerdings sind zu viele dieser Fortschritte nicht hinter Gefängnismauern angekommen.
41 Gefangene werden nicht wie vollwertige Menschen behandelt, haben oft nur wenig bis keinen

42 Entscheidungsspielraum für ihr eigenes Leben und werden nicht ausreichend medizinisch
43 versorgt. Dies ist so nicht mehr hinzunehmen. Nicht nur verstößt es gegen ein humanitäres
44 Menschenbild, sondern führt auch dazu, dass das Leben nach der Haftstrafe umso mehr
45 erschwert wird, wenn innerhalb der Justizvollzugsanstalt ein ganz anderer Alltag herrscht. Dies
46 ist auch gesellschaftlich kontraproduktiv, da es zu mehr Rückfälligkeit führt, und so insgesamt
47 nicht zu einer Abnahme von Straftaten führt, sondern genau das Gegenteil bewirkt.
48 Insbesondere ist auch zu beachten, dass Personen, die sich in JVA befinden, oft auf Grund
49 systemischer Nachteile dort gelandet sind. Armut, Diskriminierung, Perspektivlosigkeit: Um
50 diese Kreisläufe zu durchbrechen müssen Reformen durchgeführt werden. Frauen machen
51 insgesamt nur eine geringe Anzahl der Gefangenen in JVA Deutschlands aus. Dies bedeutet in
52 der Praxis jedoch, dass das Leben für Frauen noch weiter erschwert wird: Frauen leiden unter
53 hoher Stigmatisierung wenn der Vollzug erfolgt ist, sind in Gefängnissen oftmals weit von der
54 Familie untergebracht, und es wird nur selten nach Schwere des Verbrechens, nach Alter oder
55 sonstigen Gründen unterschieden. Besonders problematisch ist der Umgang mit Müttern und
56 werdenden Müttern. Eine Reform der Gefängnisse hilft nicht nur denjenigen Personen, die
57 bereits in Gefängnissen sind, sondern haben gesamtgesellschaftliche Vorteile: In dem eine
58 Resozialisierung vereinfacht wird, sinken die Kosten sowie die Kriminalitätsraten. Dies ist ein
59 gesamtgesellschaftlicher Prozess. Als gesamtgesellschaftlicher Prozess sollte deswegen auch
60 der Justizvollzug betrachtet werden, weswegen Reformen dringend notwendig sind. Eine
61 Verbesserung der Situation in Gefängnissen hat in anderen Ländern bereits Erfolge nach sich
62 gezogen und kann auch in Deutschland funktionieren.

- 63
64 angenommen
65 abgelehnt
66 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: SZ 3

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Flexible religiöse Feiertage

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Das Arbeitszeitgesetz wird durch die Möglichkeit flexibler, religiöser Feiertage erweitert. Die
4 Anzahl der flexiblen religiösen Feiertage wird vorher festgelegt. Die flexiblen Feiertage können
5 je nach Religion und Glaubensrichtung auf entsprechende Festtage im Jahr verteilt werden
6 oder die bisherige Regelung beibehalten. §2 EntgFG ist um diese Regelung zu ergänzen.
7 Menschen anderer Glaubensrichtungen und Religionen als dem Christentum, müssen sich
8 dadurch nicht mehr freistellen lassen.
9 Des Weiteren werden Arbeitgeber*innen dabei unterstützt, flexible, religiöse Feiertage in die
10 Tarifverträge ihrer Beschäftigten aufzunehmen.

11
12 **Begründung:**

13
14 Wir bekennen uns zur religiösen Selbstbestimmung und Vielfalt in unserem Land. Dazu gehört
15 die Gleichbehandlung aller Menschen, auch derer, die einer anderen Religion als dem
16 Christentum angehören. Leider erfahren diese immer noch eine Benachteiligung dadurch, dass
17 sie die einzige Möglichkeit zur Teilnahme an ihren Festtagen durch einen genehmigten
18 Freistellungsantrag von der Arbeit erreichen. Gleichzeitig soll sich kein Mensch an die
19 christlichen Feiertage, zB Weihnachten oder Ostern gebunden fühlen. Mit flexiblen religiösen
20 Feiertagen können die jeweiligen Tage pro Jahr frei verteilt werden. Für Menschen, die sich
21 keiner Religion oder Glaubensrichtung zugehörig fühlen, kann die bisherige
22 "Standardverteilung" beibehalten werden.
23 Mit der Aufnahme in das Entgeltfortzahlungsgesetz oder der tariflichen Regelung zwischen
24 Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wird die übliche Lohnfortzahlung gewährt, ohne
25 jedes Mal wieder einen Antrag auf bezahlte Freistellung stellen zu müssen. Diese Regelung soll
26 sowohl allen Menschen, die sich nicht dem christlichen Glauben verbundenen fühlen, wie auch
27 den Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen einen fairen Umgang und Respekt gewähren.
28 Für uns steht keine Religion über einer anderen.

- 29
30 angenommen
31 abgelehnt
32 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: SZ 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Neue Unterhaltsberechnung bei Jugendlichen mit Dazuverdienst

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Für die Gleichheit aller Jugendlichen, sowie zur Armutsminderung in alleinerziehenden
4 Familien fordern wir, dass der Nebenverdienst von Jugendlichen (bis zu 450€ im Monat),
5 welche sich in der schulischen Ausbildung befinden, nicht mehr an den Elternunterhalt
6 angerechnet wird.

7
8 **Begründung:**

9 Minderjährige Schülerinnen und Schüler dürfen neben ihrer schulischen Ausbildung einer
10 bezahlten Nebentätigkeit nachgehen. Für Jugendliche, deren Eltern getrennt leben, lohnt sich
11 dies jedoch kaum, denn ihr erzieltes Nebeneinkommen wird mit dem Elternunterhalt verrechnet.
12 Dies trifft zwar auch Jugendliche von zusammenlebenden Eltern zu, jedoch handelt es sich
13 hierbei nicht Kindesunterhalt, was an den jeweils „erziehenden“ Elternteil gezahlt wird, wie es
14 bei getrennten Eltern der Fall ist. So können bei einem Zuverdienst von 300€, ca. 130€ von
15 dem Unterhalt des zu zahlenden Elternteils abgezogen werden (40€ Aufwandszuschuss + die
16 Hälfte des Restverdienst = Anrechnungsfreies Einkommen). Auf diesen Unterhalt können viele
17 Alleinerziehende nicht verzichten, da gerade sie und ihre Familien besonders häufig von Armut
18 betroffen sind. Laut dem paritätischem Wohlfahrtsverband sind 20,5% aller in Deutschland
19 lebenden Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Wenn der Dazuverdienst von
20 Jugendlichen an den Unterhalt angerechnet wird, hat dies zur Folge, dass gerade Jugendliche,
21 welche bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, das Öfteren ihr Taschengeld nicht
22 aufbessern können, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Deswegen brauchen wir eine
23 Änderung des Unterhaltsrechts, um die Situation von Jugendlichen, vor allem aber derer, die
24 von Armut betroffen sind, zu verbessern.
25 Des Weiteren führt dies zu einer Ungleichheit zwischen Jugendlichen von getrennten und
26 zusammenlebenden Eltern. Diese können in einem geringfügigen Verhältnis angestellt werden,
27 ohne dass ihnen ihr Gehalt indirekt abgezogen wird. Die Eltern dürften dies zwar „anrechnen“
28 (in Form von Sachleistungen oder Taschengeld) tun es aber, verständlicherweise, eher selten.
29 Damit alle Jugendliche, aller Schichten, mehr Gleichheit erfahren und auch leben, brauchen wir
30 eine Veränderung des Unterhaltsrechts in Punkto Anrechnung des dazu Verdiensts von
31 Schülerinnen und Schülern.

- 32
33
34
35
36 angenommen
37 abgelehnt
38 überwiesen an

39

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: SZ 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress SPD-
Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
Landtagsfraktion

Betr.: Digital Streetwork in Hessen – Sozialarbeit, wo sie benötigt
wird

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Die hessische SPD-Landtagsfraktion soll sich für die Entwicklung und Umsetzung eines
4 Angebots im Bereich Digital Streetwork für Jugendliche und junge Erwachsene in Hessen
5 einsetzen. Aufsuchende Sozialarbeit soll damit nicht mehr nur analog, sondern ebenfalls digital
6 stattfinden, um jungen Menschen ein möglichst niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfsangebot
7 zur Verfügung zu stellen. Sowohl Jugendliche und junge Menschen mit medien-spezifischen
8 Problemen als auch mit persönlichen Problemen und Belastungen sollen ein Angebot von
9 Digital Streetwork vorfinden. Die Probleme von jungen Menschen können vielfältig sein; zu
10 nennen seien hier beispielsweise Internet-Mobbing, Hatespeech, rechte Propaganda und
11 Spielsucht sowie Corona-Pandemie, Klimakrise, Probleme in Familie, Freundschaft und
12 Schule/Ausbildung/ Universität/Arbeit. Neben psychosozialer Beratung kann damit auch
13 demokratie-fördernde Prävention im gewohnten Umfeld der sozialen Medien und des Gamings
14 stattfinden.
15
16
17
18

19 **Begründung:**
20
21
22

- 23 angenommen
24 abgelehnt
25 überwiesen an
26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: SZ 6

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Einführung einer „Luxussteuer“

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Es soll eine Steuer eingeführt werden, durch die Waren eines luxuriösen Lebensstils
4 („Luxuswaren“), die aufgrund ihres Charakters und ihres Preises in besonders hohem Maße
5 über den Rahmen einer allgemeinen Lebensführung hinausgehen, zusätzlich besteuert werden.
6

7 **Begründung:**

8 In Deutschland ist die Verteilung der Vermögen deutlich konzentrierter als die der verfügbaren
9 Einkommen. Dies bestätigt auch die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom April
10 2019¹. Darin stellt sie die Ergebnisse ihrer Panel-Befragung vor, die alle drei Jahre durchgeführt
11 wird und eine Stichprobe von 5.000 Haushalten umfasst. Die Bundesbank kommt zu dem
12 Ergebnis, dass eine vergleichsweise hohe Ungleichverteilung der Vermögen in Deutschland
13 vorliegt. Hinsichtlich der Entwicklung der Vermögensungleichheit ließe sich in den vergangenen
14 Jahren jedoch kein eindeutiger Trend feststellen. Der Gini-Koeffizient liege hierzulande für die
15 Nettovermögen bei 0,74. Dieser Wert entspricht auch dem Gini-Koeffizienten, der anhand der
16 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts für das Jahr 2013
17 berechnet wurde. Wie ungleich die Verteilung ist, lasse sich auch am Anteil des Vermögens
18 ablesen, das den oberen 10 % der Nettovermögensverteilung gehört. Dies sind laut
19 Bundesbank in Deutschland etwa 55 % des gesamten Nettovermögens. Diese Zahl dürfte
20 jedoch den tatsächlichen Anteil unterschätzen, da in solchen Befragungen typischerweise sehr
21 große Vermögen nicht erfasst werden. Auch OECD-Zahlen zeigen eine ähnliche
22 Größenordnung und legen zudem nahe, dass das Vermögen in Deutschland stärker
23 konzentriert ist als in vielen anderen Ländern. Nach den OECD-Daten für 2017 halten 10 % der
24 Deutschen circa 60 % des gesamten Nettohaushaltsvermögens. Der Durchschnitt in den
25 OECD-Staaten beträgt 52 %. Ansprüche an staatliche Rentenversicherungssysteme bleiben
26 allerdings im Ländervergleich in allen diesen zitierten Daten unberücksichtigt, wodurch die
27 Vermögen in Deutschland unterschätzt werden².

28
29 Derzeit werden sogenannte „Luxusgüter“ wie alle anderen Waren auch besteuert. Dies betrifft
30 sowohl die Umsatzsteuer mit 7% respektive 19% als auch die besonderen Verbrauchsteuern
31 wie die Alkoholsteuer und die Tabaksteuer. Im Ergebnis führt dies dazu, dass beispielsweise
32 ein Kleidungsstück für 50 EUR und eines für 500 EUR mit dem identischen Satz von 19%
33 besteuert werden. Das „finanzielle Opfer“ bei 19% Umsatzsteuer ist jedoch für Menschen,
34 welche sich Kleidungsstücke für 500 EUR leisten, erheblich kleiner als jenes für viele
35 Menschen, die sich solche für 50 EUR kaufen, obgleich die steuerliche Belastung bei
36 steigendem Wert insgesamt höher ausfällt. Der bereits oben dargestellte, mitunter erhebliche,
37 Vermögensunterschied begründet dies in besonders deutlichem Maße, da der aufzuwendende

¹ Monatsbericht April 2019 der Bundesbank, Jahrgang 71, Nr. 4

² Bundesfinanzministerium, Monatsbericht für Mai 2019

38 Anteil des Vermögens bei Menschen mit geringen Einkommen auch bei niedrigpreisigen Waren
39 deutlich höher ist.

40
41 Im Ergebnis handelt es sich bei einem Kleidungsstück für 500 EUR um ein Luxusgut. Unter
42 Luxus versteht man gemeinhin folgendes: „kostspieliger, verschwenderischer, den normalen
43 Rahmen (der Lebenshaltung o. Ä.) übersteigender, nicht notwendiger, nur zum Vergnügen
44 betriebener Aufwand“³. Dazu zählen sodann auch Waren des täglichen Bedarfs, die aufgrund
45 ihres Preises erheblich über den durchschnittlichen Anschaffungskosten solcher Waren liegen
46 und damit nicht mehr als für eine gängige Lebensführung angesehen werden können. Hierzu
47 zählen u.a. hochpreisige Lebensmittel wie Champagner, hochpreisige Kleidung und einiges
48 mehr. Ebenso fallen unter die Kategorie der „Luxuswaren“ solche, die im Rahmen einer
49 gängigen Lebensführung im Allgemeinen keine Verwendung finden. Dazu zählen unter
50 anderem Privatflugzeuge und hochwertige Kraftfahrzeuge wie Sportwagen. Der Umsatz mit als
51 „Luxusgütern“ qualifizierten Waren wird für das Jahr 2021 in Deutschland auf 12,1 Milliarden
52 Euro geschätzt⁴.

53
54 Das Ziel sollte daher sein, die mit dem Verkauf aus solchen Waren erzielten Umsätze höher zu
55 besteuern. Dadurch können Steuereinnahmen generiert werden, ohne dass Menschen mit einer
56 durchschnittlichen Lebensführung eine Mehrbelastung erfahren würden. Treffen würde eine
57 solche Steuer ausschließlich Konsumenten hochpreisiger Waren. Das Ziel ist dabei dezidiert
58 nicht, den Konsum von Luxusprodukten einzuschränken, sondern vielmehr die nicht selten
59 vermögenden Konsumenten solcher Waren stärker am Steueraufkommen zu beteiligen und
60 Steuermehreinnahmen zur erzielen.

61
62 Erreicht werden soll dies durch einen zusätzlich zur Umsatzsteuer erhobenen
63 „Luxussteuersatz“, wobei es sich insbesondere nicht um einen vom Regelsteuersatz
64 abweichenden Umsatzsteuersatz im Sinne des UStG handelt. Dieser soll einen bestimmten
65 Prozentsatz betragen und zusätzlich zur Umsatzsteuer nach gleicher Systematik auf Umsätze
66 mit Waren erhoben werden, die bestimmte steuerliche Tatbestände erfüllen, wobei zur
67 effektiven Durchsetzung der teleologischen Systematik des vorliegenden Konzeptes einige
68 Sonderregelungen und Präzisierung vorgenommen werden müssen. Beispielsweise zählt dazu
69 eine eingeschränkte Vorsteuerabzugsfähigkeit gemäß § 15 UstG für betreffende Waren beim
70 Erwerb durch zum Vorsteuerabzug Berechtigte sowie eine Einschränkung der Möglichkeit,
71 Aufwendungen bzw. Mehraufwendungen im Zusammenhang mit solchen Waren geltend zu
72 machen. Konkret bedeutet dies zum Beispiel, dass beim Kauf eines Luxusfahrzeuges im
73 gewerblichen Bereich die gegenüber einem üblichen Fahrzeug mehr entstehenden
74 Aufwendungen (z.B.: höherer Kraftstoffverbrauch, etc.) nicht oder nicht in voller Höhe als
75 Aufwand gelten sollen. Hier bedarf es freilich eines konkreten Regelungsbedarfs und nicht
76 zuletzt auch einiger Sonderfallregelungen für besondere Sachverhalte. Ziel muss aber sein,
77 eine Umgehung der Luxusbesteuerung, speziell in einem gewerblichen Umfeld, zu vermeiden.

78
79 Zum einen soll tatbestandlich der Kreis der betreffenden Waren eingegrenzt werden, sodass
80 nur bestimmte und entsprechend normierte Warenkategorien darunterfallen. Der
81 Luxussteuersatz soll keinesfalls pauschal auf alle Waren erhoben werden. Dazu ist eine
82 Eingrenzung über Warenpositionen der Kombinierten Nomenklatur (Zolltarif) geeignet, wie sie
83 bereits für den ermäßigten Steuersatz der Umsatzsteuer erfolgt⁵. Zusätzlich soll für die
84 betreffenden Waren grundsätzlich eine Wertgrenze festgesetzt werden, unterhalb derer trotz
85 Zugehörigkeit zum einschlägigen Warenkreis, keine Luxussteuer erhoben wird. Daneben
86 können auch andere Merkmale als Maßgeblich festgelegt werden. Damit soll erreicht werden,
87 dass lediglich der Konsum wirklich hochpreisiger und damit „luxuriöser“ Waren eines
88 Warenkreises besteuert wird, nicht jedoch der allgemeine Verbrauch solcher Waren.

³ Duden, Definition „Luxus, der“

⁴ Statista.de, <https://de.statista.com/themen/322/luxusmarken> vom 28. September 2021

⁵ Vgl. § 12 Absatz 2 Nummer 1, 2, 12, 13 und 14 UstG i.V.m. Anl.2 UStG

89

90 Zur Umsetzung dieser Forderung dient der vorliegende Beschluss. Es geht im Ziel darum,
91 staatliche Mehreinnahmen zu generieren, ohne dabei Menschen mit normalen oder auch mit
92 geringen Einkommen stärker zu belasten und ohne ihn den Zugang auch zu luxuriöseren
93 Waren zu verwehren.

94

95 angenommen

96 abgelehnt

97 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2022 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

Antrag: SZ 7

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress; SPD-Landesparteitag; SPD

Betr.: Neues modernes Arbeitsmodell (NMA)

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD soll im Sinne der Arbeitnehmer*innen in Deutschland verschiedene Modelle zur
4 Reduzierung der Arbeitswoche einführen. Maßgebend soll hierfür die 35-Stunden-Arbeitswoche
5 oder die 4-Tage-Arbeitswoche sein.

6
7 **Begründung:**

8 Wir schreiben das Jahr 2021. Die SPD ist nach Jahren der Gängelung durch die Union wieder
9 da angekommen, wo sie hingehört, an die Spitze der deutschen Arbeitnehmer*innen!
10 Wir fordern die SPD auf, die neuen Arbeitsmodelle zu prüfen und ggf. anzuwenden

- 11
12
13
14 angenommen
15 abgelehnt
16 überwiesen an
17

Satzungsändernder Antrag mit Anlagen

- 1. S1 Satzungsänderung**
- 2. Satzung in geänderter Fassung**
- 3. BA-Delegiertenschlüssel Unterbezirke**

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Zweite Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: S 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Bezirkskonferenz

Betr.: Änderung der Bezirkssatzung

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die nachfolgende Änderung der Satzung der nordhessischen Jungsozialisten in der SPD.

4
5 Die Änderungswünsche beziehen sich jeweils auf die diesem Antragspaket beigelegte
6 Bezirkssatzung in der geänderten Fassung vom 1. April 2012.

7 Die Anträge sollen einzeln in der Reihenfolge der Nummerierung abgestimmt werden.

- 8
- 9 1. Die Juso-Bezirkssatzung wird nach den derzeit gültigen Rechtsmaßstäben und
10 Satzungsvorschriften der SPD gegendert. Dabei werden die binären Formulierungen
11 (männlich/weiblich) soweit das möglich ist durch geschlechtsneutrale Begriffe und
12 Gendersternchen ersetzt.
 - 13
14 2. Streiche Zeile 35-37 und füge stattdessen in Zeile 31-34 folgende Formulierung ein:
15 **„Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen gehören die Mitglieder der SPD**
16 **an, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Werden Personen vor**
17 **ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der Jungsozialist*innen gewählt, so können**
18 **sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode ausüben.“**
 - 19
20 3. Streiche Zeile 130 bis 131 und füge stattdessen in Zeile 129 ein:
21 **„bis maximal 4 vom Bezirksvorstand für bestimmte Aufgaben- und Sachgebiete**
22 **kooptierte Mitglieder.“**
 - 23
24 4. **Streiche in Zeile 159 „8“ und ersetze durch „5“.**
 - 25
26 5. **Streiche in Zeile 161 „28“ und ersetze durch „15“**
 - 27
28 6. **Streiche in Zeile 162 „28“ und ersetze durch „15“**
 - 29
30 7. **Streiche Zeile 167-169.**
 - 31
32 8. **Streiche in Zeile 188 „8“ und ersetze durch „5“**
 - 33
34 9. **Streiche in Zeile 261 „4.12.2011“ und ersetze durch „6.12.2019“**
 - 35
36 10. Streiche in Zeile 269 und Zeile 270 „tritt“, „nach“, „2013“ und ersetze durch folgende
37 Formulierung für Zeile 269 und 270:
38 **„§ 5, Absatz 1 und 2 und § 6, Absatz 1 treten erst am Tage der ordentlichen Juso-**
39 **Bezirkskonferenz 2023 in Kraft.“**
- 40
41
42
43

44 **Begründung:**

45
46 Die Juso-Satzung wurde zuletzt in 2012 grundsätzlich und umfassend überarbeitet. Für den
47 Bezirksvorstand stand damals vor allem die Wahrung der Mitwirkungs- und
48 Mitentscheidungsrechte der Unterbezirke und jedes einzelnen Jusos im Mittelpunkt der
49 Betrachtung. Dem BV ging es also darum den fortschrittlichen demokratischen Charakter der
50 Juso-Bezirkssatzung zu erhalten. Der Bezirksvorstand knüpft mit seinem jetzigen
51 Änderungsvorschlag daran an. Es sollen neben einigen notwendigen Änderungen, die sich
52 durch ein geändertes Parteirecht der SPD ergeben (Einleitung, Wahlverfahren) im Wesentlichen
53 mit dieser Satzungsänderung die Funktionsfähigkeit von Bezirksausschuss und
54 Kontrollkommission erhalten werden.

55
56 **Bezirksausschuss und Kontrollkommission**

57 Der Juso-Bezirksausschuss ist das höchste beschlussfassende Organ zwischen den Juso-
58 Bezirkskonferenzen. Ihm gehören neben dem BV (9 Mitglieder) und den 8 direkt von der
59 Bezirkskonferenz gewählten Bezirksausschussmitgliedern, die die Kontrollkommission bilden,
60 28 von den Unterbezirkskonferenzen gewählte Mitglieder an. Das sind insgesamt 45 Mitglieder.
61 Das Quorum zur Beschlussfähigkeit beträgt demnach 23 Mitglieder. Diese hohe Anzahl an
62 Mitgliedern, die zur Beschlussfähigkeit anwesend sein müssen, hat in den letzten Jahren dazu
63 geführt, dass der Bezirksausschuss äußerst selten beschlussfähig war und damit de facto als
64 höchstes beschlussfassendes Organ zwischen den Bezirkskonferenzen ausgefallen ist. Der
65 Bezirksausschuss hat daher selber im vorletzten Jahr angeregt, das Gremium zu verkleinern,
66 um die Schwelle zur Beschlussfähigkeit senken zu können und den Bezirksvorstand, um einen
67 entsprechenden Satzungsänderungsvorschlag zur Bezirkskonferenz gebeten.

68 Der Bezirksvorstand kommt dem Wunsch des BA gerne nach, da ihm die demokratische
69 Mitwirkung der Unterbezirke über den BA wichtig ist.

70 Der Bezirksvorstand schlägt Euch daher eine Verkleinerung des Bezirksausschusses auf
71 29 Mitglieder vor (15 UBs, 5 KK, 9 BV).

72 Damit wären nur noch 15 anwesende Mitglieder zur Beschlussfähigkeit nötig.

73 In dieser Konstellation würden die Unterbezirke auch nach wie vor durch direkt von den
74 Unterbezirkskonferenzen gewählte Mitglieder die Mehrheit im BA behalten.

75 Jeder Unterbezirk wäre in Zukunft mit einem bis drei Mitgliedern im BA vertreten (siehe
76 beiliegenden Delegiertenschlüssel). Der Schlüssel ist auch so kalkuliert, dass bei
77 gleichbleibender Mitgliederentwicklung keine Gefahr besteht, dass ein Unterbezirk im BA nicht
78 vertreten wäre.

79
80 Die Kontrollkommission, die aus von der Bezirkskonferenz direkt gewählten BA-Mitgliedern
81 besteht, soll auf jeden Fall als Kontrollorgan des BV erhalten werden. Auch hier gab es in der
82 Vergangenheit häufig schon Probleme ausreichend Mitglieder für dieses Gremium zu finden,
83 deswegen schlagen wir Euch auch hier eine moderate Verkleinerung von 8 Mitgliedern auf 5
84 Mitglieder vor.

85
86 Die 9 Mitglieder des BV sollen Mitglied des Bezirksausschusses bleiben (gesetzte Mitglieder im
87 Sinne von § 11,2 und § 12,2 des Parteiengesetzes). Nach § 12,2 des Parteiengesetzes dürfen
88 diese nicht gewählten Mitglieder ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl des Organs nicht
89 übersteigen. Mit 9 von 29 Mitgliedern (31,03%) wird diese Vorschrift eingehalten.

90 Der Bezirk hat traditionell den im Vergleich zu Hessen-Süd kleinen Bezirksvorstand immer im
91 BA eingebunden, um eine gute Vernetzung von Unterbezirken und Bezirk und eine
92 gemeinsame Beschlussfassung und Politik zu fördern. Das soll auch so bleiben. Außerdem ist
93 der BV in der Regel unverzichtbar bei der Herstellung der Beschlussfähigkeit des Organs
94 Bezirksausschuss.

95
96 Beim Bezirksvorstand soll im Gegenzug dazu die in 2012 in die Satzung neu eingefügte
97 Möglichkeit der Kooptierung von weiteren Bezirksvorstandsmitgliedern (§4,4 d) von max. 9 auf 4
98 Mitglieder beschränkt werden. Diese sind auch mit beratender Stimme im BA. Beim
99 Bezirksausschuss in §5,2 a) sollen als beratende Mitglieder des BA die gesetzten Bundes- und

100 Landtagsabgeordneten und Mitglieder des Parteirates soweit sie den Jusos angehören,
101 gestrichen werden. Das geschieht vor allem deswegen, um die Bestimmungen des
102 Parteiengesetz, § 12,2, einzuhalten. Der neben der Drittelregelung für stimmberechtigte
103 Mitglieder des Bezirksausschusses auch vorsieht, dass kraft Satzung gesetzte
104 stimmberechtigte und beratende Mitglieder unter der Hälfte der Gesamtmitgliederzahl
105 (stimmrechtige und beratende Mitglieder) des Organs BA liegen müssen. Mit der
106 Beschränkung der beratenden Mitglieder des BV und der Kürzung der beratenden Mitglieder
107 des BA kann diese Vorschrift auch bei einem kleineren BA eingehalten werden.
108 Die neue BA- und KK-Regelung soll erst zur Bezirkskonferenz 2023 in Kraft treten, da viele UBs
109 ihre BA-Vertreter in diesem Jahr schon gewählt haben und so zusätzlicher organisatorischer
110 Aufwand und zusätzliche Kosten für die Unterbezirke vermieden werden können, da dadurch in
111 2022 keine zusätzlichen Unterbezirkskonferenzen zur Wahl der BA-Vertreter notwendig sind.
112 Der neue BA-Schlüssel würde dann mit den ordentlichen Unterbezirkskonferenzen im Jahr
113 2023 umgesetzt werden können.
114 Die Satzung wurde ebenfalls im Einklang mit der Beschlussfassung des SPD-Parteivorstandes
115 zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit (2018) geändert. Grundlage dafür war eine
116 Rechtsauskunft des Justiziariats des SPD-Parteivorstandes. Das Gendern wurde mit
117 Gendersternen und geschlechtsneutralen Begriffen vorgenommen soweit es
118 satzungsrechtlich möglich war.
119 Die Quotenregelung ist im Organisationsstatut der SPD nach wie vor binär (männlich/weiblich)
120 formuliert. Mitglieder mit dem Geschlechtseintrag „anders“ in der Mavis werden bei der Quote
121 nicht berücksichtigt. Das ist die geltende Rechtsvorschrift der SPD und wurde daher auch in
122 den Richtlinien der Bezirksjusos nicht geändert.

123
124
125

- 126 angenommen
- 127 abgelehnt
- 128 überwiesen an
- 129

1 **Satzung der Jungsozialist*innen im Bezirk Hessen-Nord**

2
3 **(in der geänderten Fassung vom 1. April 2012**
4 **mit den beantragten Änderungen zur Bezirkskonferenz am 30.04.2022)**

5
6 **Die Änderungen sind jeweils in Fettdruck und unterstrichen.**

7
8 **Die Richtlinie wurde im Einklang mit dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes**
9 **zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit (2018) geändert. Dabei wurden**
10 **das Gendersternchen und geschlechtsneutrale Begriffe als Ersatz für binäre**
11 **Geschlechterformulierungen verwendet soweit das satzungsrechtlich möglich**
12 **war. Keine Anwendung finden diese Formulierungen auf die**
13 **Quotenregelungen. Diese sind nach dem SPD-Organisationsstatut nach wie**
14 **vor binär (männlich/weiblich) zu formulieren.**

15
16
17 **Gliederungen des Organisationsstatuts**

- 18
19 § 1 Organe
20 § 2 Bezirkskonferenz
21 § 3 a. o. Bezirkskonferenz
22 § 4 Bezirksvorstand
23 § 5 Bezirksausschuss
24 § 6 Kontrollkommission
25 § 7 Finanzwesen
26 § 8 Wahlen und Abstimmungen
27 § 8a Quotierung
28 § 9 Änderungen, Schlussbestimmung

29
30
31 **Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen gehören die Mitglieder der**
32 **SPD an, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Werden Personen**
33 **vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der Jungsozialist*innen gewählt, so**
34 **können sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode ausüben.**
35 ~~**(Mitglieder der Jusos im Bezirk Hessen-Nord dürfen nicht älter als 35 Jahre**~~
36 ~~**sein. Die Mitgliedschaft in der SPD ist nicht Voraussetzung einer Mitarbeit bei**~~
37 ~~**den Jusos.)**~~

38 Näheres regeln die Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der
39 Arbeitsgemeinschaften in der SPD in der jeweils aktuellen Fassung des Beschlusses
40 des Parteivorstandes.

41
42
43 **§ 1 Organe**

44
45 Organe des Bezirks sind:

- 46
47 1. die Bezirkskonferenz
48 2. der Bezirksvorstand
49 3. der Bezirksausschuss

§ 2 Bezirkskonferenz

1. Die Bezirkskonferenz ist das oberste Organ des Bezirks. Sie findet in der ersten Hälfte eines jeden Jahres statt.
2. Sie setzt sich zusammen aus 70 Delegierten. Diese werden von den Unterbezirkskonferenzen in geheimer Wahl gewählt. Die Berechnung des Delegiertenschlüssels erfolgt auf der Basis der SPD-Mitglieder im Juso-Alter **und der Juso-Unterstützer*innen.**
3. Mit beratender Stimme nehmen teil:
 - a) die Mitglieder des Bezirksvorstands
 - b) die stimmberechtigten und nichtstimmberechtigten Mitglieder des Bezirksausschusses
4. Zu den Aufgaben der Bezirkskonferenz gehören insbesondere
 - a) Beschlussfassung über grundsätzliche politische Fragen und Festlegung der Richtlinien für die politische Arbeit
 - b) die Entgegennahme der Berichte des Bezirksvorstandes und der Kontrollkommission und die Beschlussfassung darüber
 - c) die Wahl des Bezirksvorstandes und der Kontrollkommission
 - d) die Wahl der Delegierten des Bezirks zu **Bundeskongressen der Jungsozialist*innen**
 - e) Beratung und Beschlussfassung der eingegangenen Anträge
5. Der Termin der Bezirkskonferenz ist den Unterbezirken mindestens zwei Monate vorher bekanntzugeben. Dabei ist auf den Termin zur Einreichung von Anträgen hinzuweisen. Die Unterlagen sind den **Teilnehmer*innen** der Konferenz spätestens 10 Tage vorher durch das Bezirkssekretariat zuzustellen.
6. Anträge können von
 - a) Arbeitsgemeinschaften und
 - b) Unterbezirken,soweit sie in Konferenzen bzw. Mitgliederversammlungen beschlossen wurden, sowie von
 - c) Bezirksvorstand
 - d) Bezirksausschuss
 - e) den Arbeitskreisen beim Bezirksvorstandeingereicht werden. Sie müssen spätestens vier Wochen vor der Konferenz beim Bezirkssekretariat vorliegen. Initiativanträge können auch während der Konferenz gestellt werden, wenn sie einen Gegenstand betreffen, der im Rahmen der Antragsfrist der Konferenz nicht vorgelegt werden konnte.
7. Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Delegierten anwesend ist.
8. Die Bezirkskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt aus den Reihen der satzungsmäßigen Delegierten ein Präsidium von 3 Mitgliedern (2 Präsidium, 1 Schriftführer).
9. Über den Verlauf der Konferenz wird ein Beschlussprotokoll geführt, das allen Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften innerhalb von acht Wochen nach der Konferenz zuzusenden ist. Es ist von mindestens zwei Mitgliedern des Präsidiums zu unterzeichnen.

103 **§ 3 außerordentliche Bezirkskonferenz**

104 Eine außerordentliche Bezirkskonferenz ist einzuberufen:

- 105 a) auf Beschluss des Bezirksausschusses
106 b) auf Antrag von 1/3 der Unterbezirke

107 Bei Einberufung einer a. o. Bezirkskonferenz können die Fristen (s. o.) mit
108 Zustimmung des Bezirksausschusses verkürzt werden.
109
110
111

112 **§ 4 Bezirksvorstand**

- 113
114
- 115 1. Der Bezirksvorstand besteht aus **dem/der Vorsitzenden* und acht**
 - 116 **Stellvertreter*innen.**
 - 117 2. **Einer Stellvertreter*in** obliegt die Vertretung des Bezirks auf Bundesebene.
 - 118 3. Der Bezirksvorstand entscheidet auf seiner konstituierenden Sitzung unter
 - 119 Berücksichtigung der Beschlüsse der Bezirkskonferenz über die
 - 120 Geschäftsverteilung.
 - 121 § 2 Abs. 4 S. 1 bleibt unberührt.
 - 122 4. Mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bezirksvorstandes nehmen teil:
 - 123 a) Mitglieder des Bundes- und Bezirksvorstandes der SPD, die im Juso-Alter sind.
 - 124 b) Mitglieder des Bundesvorstandes der **Jungsozialist*innen**, die dem Bezirk
 - 125 Hessen-Nord angehören.
 - 126 c) **die Geschäftsführung der Jungsozialist*innen im Bezirk.**
 - 127 Dieser kann die Bezirkskonferenz in einer Wahl nach § 9 Abs. 3 das Stimmrecht
 - 128 im Bezirksvorstand für jeweils ein Jahr zuerkennen.
 - 129 d) **bis maximal 4 vom Bezirksvorstand für bestimmte Aufgaben- und**
 - 130 **Sachgebiete kooptierte Mitglieder.** ~~(Die Anzahl dieser Mitglieder darf nicht~~
 - 131 ~~die Anzahl der gewählten Mitglieder des Bezirksvorstandes übersteigen.)~~
 - 132 5. Die Sitzungen sind für jedes Mitglied der **Jungsozialist*innen** im Bezirk Hessen-
 - 133 Nord zugänglich. Anwesende haben Rederecht.
 - 134 6. **Der/die 1. Vorsitzende*** vertritt den Bezirk nach außen und koordiniert die Arbeit
 - 135 des Bezirksvorstandes.
 - 136 7. Scheidet **eine Stellvertreter*in** aus dem Bezirksvorstand aus, kann der
 - 137 Bezirksausschuss bis zur nächsten Bezirkskonferenz **eine neue Stellvertreter*in**
 - 138 bestellen. **Der/die 1. Vorsitzende*** kann nur durch die Bezirkskonferenz gewählt
 - 139 werden.
 - 140 8. Der Bezirksvorstand leitet den Bezirk und ist für die Durchführung der Beschlüsse
 - 141 der Bezirkskonferenz und des Bezirksausschusses verantwortlich.
 - 142 9. Es finden im Jahr mindestens 8 Bezirksvorstandssitzungen statt. Eine
 - 143 Vorstandssitzung wird von **dem/der 1. Vorsitzenden*** auf Antrag von mindestens
 - 144 3 Vorstandsmitgliedern einberufen.
 - 145 10. Der Bezirksvorstand fasst Beschlüsse mit der Mehrheit der Mitglieder.
 - 146 Im Eilfall kann **der/die 1. Vorsitzende*** öffentliche Erklärungen im Namen des
 - 147 Bezirksvorstandes abgeben. Im Verhinderungsfall steht dieses Recht jeder
 - 148 **Stellvertreter*in** zu. Diese muss die Zustimmung eines weiteren
 - 149 Vorstandsmitglieds einholen.
 - 150 11. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind berechtigt, bei Sitzungen
 - 151 nachgeordneter Gliederungen beratend teilzunehmen. Sie sind dann verpflichtet,
 - 152 die Unterbezirksvorstände über die Arbeit im Bezirksvorstand zu informieren.
153

§ 5 Bezirksausschuss

1. Der Bezirksausschuss besteht aus:
 - a) den stimmberechtigten Mitgliedern des Bezirksvorstandes (dem/der Vorsitzenden* und acht Stellvertreter*innen).
 - b) den 5 (8) von der Bezirkskonferenz gewählten Bezirksausschussmitgliedern, die die Kontrollkommission bilden
 - c) den 15 (28) von den Unterbezirkskonferenzen gewählten Vertreter*innen der Unterbezirke. Die Berechnung des Delegiertenschlüssels für die 15 (28) Vertreter*innen der Unterbezirke erfolgt auf der Basis der SPD-Mitglieder im Juso-Alter und der Juso-Unterstützer*innen. Diese können sich durch von der Unterbezirkskonferenz gewählte Vertreter*innen vertreten lassen.
2. Mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bezirksausschusses nehmen teil:
~~(a) die in dem Bezirk gewählten Bundes-, Landtagsabgeordneten und Mitglieder im Parteirat der SPD, soweit diese den Jungsozialisten und Jungsozialistinnen angehören.)~~
 - b) die in § 4 Abs. 4 Genannten
 - c) die Geschäftsführung des Juso-Bezirks
3. Der Bezirksausschuss entscheidet
 - a) über grundsätzliche politische Fragen
 - b) über grundsätzliche organisatorische Fragen
 - c) über die Vorbereitung von Bundeskonferenzen der Jungsozialist*innen
 - d) über die Vorbereitung von Bezirks- und Landesparteitagen der SPD
 - e) über die Vorbereitung besonderer zentraler Maßnahmen
4. Der Bezirksausschuss bereitet die Bezirkskonferenz der Jungsozialist*innen vor und beruft sie ein. Er schlägt der Bezirkskonferenz die Mitglieder des Präsidiums und der Mandatsprüfungs- und Zählkommission zur Wahl vor.
5. Der Bezirksausschuss tagt mindestens viermal im Jahr. Er wird vom Bezirksvorstand oder auf Antrag von 4 Unterbezirksvorständen einberufen.

§ 6 Kontrollkommission

1. Zur Prüfung der Kassenführung des Bezirkes werden für die Dauer der Amtszeit des Bezirksvorstandes 5 (8) Mitglieder des Bezirksausschusses gewählt, die die Kontrollkommission bilden.
2. Diese dürfen nicht Mitglieder des Bezirksvorstandes, Unterbezirksvorsitzende* oder Finanzreferent*innen der Unterbezirke sein.
3. Der/die Vorsitzende* der Kontrollkommission wird aus der Mitte der Mitglieder gewählt. Er/sie/es gibt bei der Bezirkskonferenz den Revisionsbericht.

§ 7 Finanzwesen

1. Der Bezirksvorstand stellt nach Vorlage der Juso-Bezirksgeschäftsführung zu Beginn des Jahres (in der Regel bis zum 31.03.) einen Wirtschaftsplan auf.
2. Die Finanzführung wird von der Kontrollkommission überwacht.
3. Über Finanzmittel des Bezirkes verfügt die Juso-Bezirksgeschäftsführung oder im Urlaubs-, Krankheits- und/oder Verhinderungsfall eine vom Bezirksvorstand benannte Vertretung gemeinsam mit der Kassenverwaltung der SPD.

- 205 4. In den Unterbezirken verfügt über die Mittel des Unterbezirks bzw. des
206 Geschäftsstellenbereichs die zuständige **SPD-Geschäftsführung** gemeinsam mit
207 **dem/der Beauftragten*** der **Jungsozialist*innen** aus dem Unterbezirks- bzw.
208 Geschäftsstellenbereich.
- 209 5. Der Bezirksvorstand legt den gewählten Delegierten der ordentlichen Bezirks-
210 konferenz den jeweiligen Jahresabschluss als Teil des Rechenschaftsberichts
211 des Bezirksvorstandes zur Kenntnis vor.

212 § 8 Wahlen und Abstimmungen

- 214
- 215 1. Alle Organe des Bezirks sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der
216 satzungsmäßigen Mitglieder anwesend sind.
- 217 2. Alle Organe des Bezirks fassen ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der
218 anwesenden Mitglieder, falls das Organisationsstatut nichts anderes bestimmt.
- 219 3. Personalwahlen sind grundsätzlich geheim. Mandatsprüfungs-, Zählkommission
220 und Präsidium der Bezirkskonferenz können offen gewählt werden.
- 221 4. Der/die **1. Vorsitzende*** sowie die für die Vertretung auf Bundesebene
222 **zuständige Stellvertreter*in** werden in getrennten Wahlgängen gewählt.
223 Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Delegierten erhalten
224 hat. Wird diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, findet zwischen den
225 beiden **Kandidierenden** mit der höchsten Stimmenzahl ein zweiter Wahlgang
226 statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Neueröffnung der
227 **Kandidierendenliste** ist im zweiten Wahlgang durch Beschluss der
228 Bezirkskonferenz zulässig.
- 229 5. Die übrigen Mitglieder des Bezirksvorstandes werden nach den Grundsätzen der
230 Listenwahl gewählt. Die Wahlvorschläge sind alphabetisch zu ordnen. Ein
231 Stimmzettel ist gültig, wenn höchstens die Zahl der zu Wählenden angekreuzt ist.
- 232 6. Für die Wahlen der Kontrollkommission sowie die Delegierten zum
233 Bundeskongress gilt Abs. 5 entsprechend. Scheiden auf einer gemeinsamen Liste
234 Gewählte aus, so rückt **die Bewerber*in** mit der nächstfolgenden Stimmenzahl
235 nach. § 4 Abs. 7 bleibt unberührt.
- 236 7. Von der Bezirkskonferenz gewählte **Funktionär*innen** können jederzeit durch
237 eine außerordentliche Bezirkskonferenz, auf Antrag des Bezirksvorstandes,
238 Bezirksausschusses und Unterbezirksvorständen mit der Mehrheit der
239 satzungsmäßigen Delegierten abberufen werden.
- 240 8. Im Übrigen gelten für das Wahlverfahren die Grundsätze und Richtlinien für die
241 Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD in der jeweils aktuellen
242 Fassung des Beschlusses des Parteivorstandes.

243 § 8a Quotierung

- 244
- 245 1. Alle Organe des Bezirks (§ 1), die Kontrollkommission (§ 6) sowie die
246 Delegierten, die der Bezirk zu Landes- und Bundeskonferenzen einschließlich der
247 Fachkonferenzen entsendet, müssen aus **mindestens je 40 % Männern und je**
248 **40% Frauen** bestehen. Soweit die Unterbezirke nach dieser Satzung ein
249 Entsendungsrecht zu Organen des Bezirks oder zu den soeben bezeichneten
250 Konferenzen besitzen, gilt Satz 1 für die Entsandten entsprechend.
- 251 2. Werden die Anforderungen des Absatzes 1 im Einzelfall nicht erfüllt, so wird die
252 Anzahl der männlichen bzw. weiblichen Mitglieder des betreffenden Gremiums
253 solange vermindert, bis der vorgeschriebene Anteil von Frauen und Männern
254
255

256 erreicht wird. Sofern das Unterschreiten der Quote darauf zurückzuführen ist,
257 dass ein oder mehrere Unterbezirke die Vorschrift des Absatzes 1 nicht beachtet
258 haben, beschränkt sich das in Satz 1 genannte Verfahren auf diese Unterbezirke.
259

260 3. Das Wahlverfahren bestimmt sich nach § 8 Abs. 2 der Wahlordnung der Partei (in
261 der Fassung vom 6.12.2019 (~~4.12.2014~~)).
262

263

264 **§ 9 Änderungen, Schlussbestimmungen, Übergangsregelungen**

265

266 1. Änderungen dieses Organisationsstatuts können nur mit Zweidrittelmehrheit der
267 satzungsmäßigen Delegierten durch eine Bezirkskonferenz beschlossen werden.

268 2. Dieses Organisationsstatut tritt am Tage nach seiner Beschlussfassung in Kraft.
269 § 5, Absatz 1 und 2 und § 6, Absatz 1 treten (tritt) erst am Tage (~~nach~~) der
270 ordentlichen Juso-Bezirkskonferenz 2023 (~~2013~~) in Kraft.
271

272

273

NAME_DER_ORGANISATION	ZAHLENDE_MTGL_ GESAMT	BERÜCKS_MTGL	ANZAHL_BEZ_M ONATE	DELEG_absolut	REST	Verteilung	Gesamt
Spalte1	Spalte2	Spalte3	Spalte4	Spalte5	Spalte6	Spalte7	Spalte8
SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt	1317	203	2442	2	0,298136646	0	2
SPD-Unterbezirk Kassel-Land	3554	220	2649	2	0,492941841	1	3
SPD-Unterbezirk Werra-Meißner	1440	110	1322	1	0,244118201	0	1
SPD-Unterbezirk Schwalm-Eder	3143	213	2557	2	0,406361754	1	3
SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg	1281	102	1234	1	0,161302466	0	1
SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf	1998	275	3305	3	0,110295502	0	3
SPD-Unterbezirk Fulda	766	93	1125	1	0,058723885	0	1
SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg	1561	108	1305	1	0,228119706	0	1
Gesamt	15060	1324	15939	13	2	2	15

Stand: 28.03.2022